

STUDIEN
ZUM 80. GEBURSTAG
VON
PROF. DR. DR. DR. H.C. KLAUS SOJKA



Dieser Band ist als nächste Folge der 1976 gestarteten Schriftenreihe
des Lehrstuhles für Landwirtschafts- und Arbeitsrecht
der Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaften
der Universität Attila József erschienen.

9.



SZEGEDI
EGYETEMI
KIADÓ

JATEpress
SZEGED 2006

X 23552

STUDIEN
ZUM 80. GEBURSTAG
VON
PROF. DR. DR. DR. H.C. KLAUS SOJKA

Dieser Band ist als nächste Folge der 1976 gestarteten Schriftenreihe
des Lehrstuhles für Landwirtschafts- und Arbeitsrecht
der Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaften
der Universität Attila József erschienen.

9.

*JATE*Press
SZEGED 2006.

X 23552

Imre SZABÓ 2006
József VERES 2006
Pál BOBVOS 2006
Lajos TÓTH 2006
László MIKLÓS 2006
Szilvia HORVÁTH 2006
Erika FARKAS CSAMANGÓ 2006
Anikó BEZDÁN 2006
György MIHÁLKA 2006

Herausgegeben von Universitätsdozenten Pál Bobvos (Lehrstuhlleiter)

Zusammengestellt: László Miklós Universitätsoberassistent

Übersetzungen: Szilvia Horváth Universitätsoberassistentin

Bilder:

Hans Reichelt
György Mihálka
László Miklós
Erika Farkas Csamangó
DM Presseservice

Titelblatt:

Szőnyi Etelka

SZTE Egyetemi Könyvtár



J000515577



X 235521

INHALT

| | |
|---|----|
| Inhalt | 3 |
| Begrüßung | 5 |
| József VERES: Das ist schon Geschichte | 7 |
| Pál BOBVOS: Die Änderungen der Umweltregelung in Ungarn um die Jahrtausendwende | 11 |
| Lajos TÓTH: Die Fachexkursionen von Prof. Klaus Sojka in Ungarn (1990–2006) | 19 |
| László MIKLÓS: Unterricht des Umweltrechts in Ungarn | 27 |
| Szilvia HORVÁTH: Die Entstehung und die Theorie des Emissionshandels, als eines neuen Instruments der Umweltpolitik der EU | 35 |
| Erika FARKAS CSAMANGÓ: Die Regelung des Tierschutzes in Ungarn | 45 |
| Anikó BEZDÁN: Das Verhältnis der Jagd und der Fischerei zum Natur-, und Umweltschutz | 53 |
| György MIHÁLKA: Über den Tierschutz für die Jugend | 61 |

BEGRÜSSUNG

Im Namen der Fakultät für Rechtswissenschaften der Szegediner Universität und in meinem eigenen Namen begrüße ich hiermit mit Ehre und Anerkennung Herrn Professor Dr. Dr. Dr. Klaus Sojka, unseren Honoris Causa Doktor unserer Universität anlässlich seines 80. Geburtstags.

Ich begrüße den international anerkannten Wissenschaftler des Umwelt- und Naturschutzrechtes, der seit Jahrzehnten sowohl theoretisch, als auch praktisch an der Lösung der einen der wichtigsten Fragen der Menschheit arbeitet: am Weiterbestehen der Menschheit und seiner Umwelt, an seiner möglichen Normalisierung.

Ich begrüße den auch heute aktiven Professor unserer Fakultät, der seit etwa 20 Jahren – ohne Unterbrechung – das internationale Umweltrecht unterrichtet, er leistet wissenschaftliche Unterstützung seinen jungen Kollegen und den Studenten, die Interesse für dieses Thema zeigen und die ihre Diplomarbeiten auch auf diesem Gebiet schreiben wollen.

Ich begrüße besonders den Honorardoktor – Honoris Causa – der Szegediner Universität, nachdem der Universitätsrat mit seinem Beschluss 165/1994–1995 ihm diesen ausgezeichneten Titel zuerkannt hat, da er „diesen mit seiner international anerkannten wissenschaftlichen Tätigkeit, beziehungsweise seiner Unterrichtstätigkeit und der Tätigkeit im Interesse der Universität verdient hat“.

Nicht in letzter Reihe möchte ich meinen nachdrücklichen Dankeschön Herrn Professor auch für die opferwillige Arbeit und die finanzielle Unterstützung ausdrücken, mit denen er geholfen hat, einem Fachgebiet einen Universitätsrang zu geben, mit dessen Unterricht das allererste Mal 1982 an der Szegediner Universität begonnen wurde, aber wegen falscher Anschauung und aus Mangel an Fachleuten ist es etwa einen Jahrzehnten auf dem Niveau des fakultativen Unterrichts mit schwachen Ergebnissen geblieben.

Ab 1990 konnte Herr Professor mit seinen Vorlesungen von hohem Niveau dem Unterricht so einen Schwung geben, daß man besonders in den ersten Zeiten bei der Aufnahme seiner Vorlesungen mit Überanmeldungen rechnen musste.

Seitdem steht das Umweltrecht im organisierten obligatorischen Bildungssystem unserer Fakultät, und die jungen Kollegen sind „aufgewachsen“, die außer ihrer Unter-

richtstätigkeit heute schon eine bedeutende wissenschaftliche Tätigkeit führen, und das Umweltrecht hat auch einen Lehrstuhl erhalten (Lehrstuhl für Agrar-und Umweltrecht).

Jetzt sind wir zu einem Jubiläum gelangen, wo man zu betonen hat, wie auch sich der Mensch von seiner Umwelt nicht trennen kann, so muss er auch mit seiner Umwelt zusammenleben und deswegen kann man auch die Jahreszahlen aus dem menschlichen Leben nicht ausschließen. Der Frühling wird vom Sommer, der Sommer wird vom Herbst gefolgt: die wunderbarste Jahreszeit, die Ernte unserer Früchte, Ergebnisse, aber wenn wir auch den Kreislauf unserer Jahre betrachten, nach der Wintererholung kommt die Erneuerung. Deswegen wünschen wir, wünsche ich den bis zur spätesten Grenze des menschlichen Alters dauernden Kreislauf der Jahre und Jahreszeiten des Herrn Professors, damit die Herbstberechnung nie ausbleibt.

Gott erhalte ihn!

Imre Szabó
Dekan der
Fakultät für Rechtswissenschaften Universität Szeged

JÓZSEF VERES

DAS IST SCHON GESCHICHTE

Ex factis non ex dictis amici pensandi
(T. Livius. v. Chr. 59 – n. Chr. 17.)
(Nach ihren Taten, nicht nach ihren Worten
soll man die Freunde wägen.)

Herr Professor Klaus Sojka hat das erste Mal vor etwa zwanzig Jahren nach Szeged gekommen. Damals haben wir es noch nicht gedacht, daß wir heute, als den Apostel des Umwelt- und Naturschutzes, den 80-jährigen Kollegen im vollen Besitz seiner geistigen und physischen Kräfte mit Ehre und Liebe begrüßen dürfen.

Unsere Begrüßung kann nur in dem Fall vollkommen sein, wenn wir den Lauf der Ereignisse betrachten. Fangen wir von vorne an! Obwohl das Umweltrecht seit dem Mittelalter die Menschheit beschäftigt (s. Platon), sind der moderne Umweltschutz und das Umweltrecht erst am Ende des 20. Jahrhunderts in Ungarn selbständiges Studium geworden. Vom Anfang der 70er Jahre sind schon umfassende Umweltstudien erschienen, sogar die Erscheinungsformen der Umwelthaftung wurden schon studiert. Da es aber im östlichen Teil Europas, in die „sg. sozialistischen Rechtssysteme“ als selbständiges Rechtsgebiet nicht integriert werden konnte, konnte man die zweifellos mehrere Rechtszweige betreffenden (z.B. Privatrecht, Strafrecht, öffentliches Recht etc.), aber über eine selbständige Theorie und Struktur verfügenden, in den damaligen Zeiten als „querliegend“ bezeichneten, ihre Selbständigkeit fordernden komplexen Einheiten nicht einmal als Studium in die Juristenbildung „einschmuggeln“.

Im Hochschulwesenslehrplan der Juristenbildung ist es das erste Mal erst am Anfang der 1980er Jahre als geduldetes Studium in Ungarn erschienen, genauer in Szeged, an der Juristischen Fakultät der Attila József Universität. 1982 hat die Universität das Werk von dr. Gyula Bándi mit dem Titel: „Umweltschutzrecht“ ausgegeben. (Der Autor ist heute schon berühmter Universitätsprofessor, ausgezeichneter Pfleger und Organisator dieses Fachgebietes). Hiermit bemerke ich, daß der Autor 1988 noch ein erweitertes Werk ausgegeben hat. Beide waren klare, übersichtbare, die modernsten Kenntnisse enthaltende Werke. Seitdem hat er mit zahlreichen Studien, bedeutenden Monografien die Fachliteratur erweitert und bereichert.

Während der Jahre ist die regelmäßige Reise des in Budapest lebenden Professors immer schwieriger geworden und die Initiativen in Szeged sind fast zu Ende gekommen.

Da – 1989 – ist Herr Professor Sojka nach Szeged gekommen, da haben wir uns (Kontaktaufnehmer: József Veres, Lajos Tóth, József Újvári) mit dem großen Missionar des Umweltschutzes getroffen und zu der Zeit hat er den Gedanken eines Lehrstuhles aufgenommen. Mit einer unglaublichen Vitalität hat er seine Aktion in Gang gesetzt: er hat jedes Semester regelmäßig ein Kollegium mit dem Thema: Internationales Umweltrecht angekündigt. All das ohne Kostenverrechnung und Honorar und nicht in letzter Reihe hat er eine Stiftung mit einem sehr bedeutenden Betrag gegründet (die er später noch mit weiterem Beitrag ergänzt hat), er hat den Unterricht fördernde Geräte (Kopiermaschine) gekauft und hat die Bildung junger Universitäts- und Forschungsfachleute durch finanzielle Mittel ermöglicht.

Seine dynamische Arbeit charakterisierend hat er schon 1991 eine ausführliche Thematik mit dem Titel: „Rechtsvergleichendes internationales Umweltrecht“ fertiggestellt. 1993 hat er sein Werk „Die Grundzüge des Umweltrechts und des Umweltschutzrechts“ ausgegeben. 1996 ist in der Ausgabe von JATEPress seine Arbeit „Umweltschutz und Umweltrecht“ erschienen. Man könnte die Aufzählung fortsetzen, aber dann müsste man der Vollständigkeit halber seine 12 Bücher, seine über 100 Studien, dann seine populärwissenschaftlichen Artikel noch nicht erwähnend aufzählen.

Die Ehre fordert uns auf, zu sagen, wer dieser Mission erfüllender Mäzen ist, der keine Zeit und Energie ersparend die Forschung und den Unterricht einer der schwersten Fragen wenn nicht der allerschwersten und komplexen Frage unseres Jahrhunderts gedient hat und auch heute dient. Es wäre unschicklich, die Lebenslaufdaten aufzuzählen, zu beschreiben; diese sind auch anderswo zu finden, aber ich muß wegen der ehrlichen Begrüßung ganz kurz zusammenfassen, daß der in Oberschlesien, Gogolin 1926 geborene Herr Professor Klaus Sojka, der Doktor der Rechtswissenschaften und der Politikwissenschaften, ab 1957 zugelassener Rechtsanwalt, ab 1985 als Professor regelmäßig Vorlesungen an deutschen und ausländischen Universitäten hält. Er ist Mitglied des Vorstandes von mehreren berühmten Tieschutz- und Umweltschutzvereine. Und worüber wir uns besonders freuen, daß Herrn Professor Klaus Sojka im Studienjahr 1994/1995 von unserem Universitätsrat der „Honoris Causa Doctor“ Titel verliehen wurde.

Jetzt muß ich zitieren: „Die Universität kann den dieses würdigen in- und ausländischen Personen den Ehrendokortitel (Doctor Honoris Causa) verleihen. Der auszeichnende Titel kann mit international anerkannter wissenschaftlicher Tätigkeit, bzw. mit Unterrichtsleistungen und mit der im Interesse der Universität ausgeübten Tätigkeit verdient werden.“ (Das Gesetz LXXX vom Jahre 1993 über die Hochschulbildung)

Wieder und besonders möchte ich die theoretische, praktische und den Unterricht organisierende Pionierarbeit von Herrn Professor Sojka auf dem Gebiet des Umweltschutzes und des Umweltrechts betonen, da sich in diesen Schriften und Organisationsarbeiten sein „Ars Poetica“ entfaltet hat, das er auch zusammengefaßt hat: „ich versuche meine Unterrichtstätigkeit mit den praktischen Erfahrungen und Anforderungen

zusammenzubinden, und auch umgekehrt, ich versuche die Gesichtspunkte der Wissenschaft und des Unterrichts nach Möglichkeit in die tägliche Praxis umzusetzen”.

Von 1989 bis 2006 sind viele Jahre vergangen. Von Schritt zu Schritt haben wir die persönlichen und sachlichen Bedingungen geschaffen, wir haben die Anschauung akzeptieren lassen, nach der die sg. klassischen Rechtsgebiete nicht fähig sind, die Komplexität des Umweltschutzes und die Zusammenhänge vor der Studenten vorzustellen.

Schließlich ist das rationelle Denken, die die Praxis vor den Augen haltende Unterrichtsthematik gewonnen und im April 1995 auf der sechsten Sitzung des Fakultätsrates, mit der Erhöhung der Semesteranzahl (mit der Feststellung der 10 Semester) ist unter die obligatorischen Hauptkollegien: „Das Umweltrecht“ (mit der Fortsetzung des Unterrichts des internationalen Umweltrechts unter der Pflege von Herrn Professor Sojka) aufgenommen worden.

Es kann die Frage gestellt werden, warum sich dieses Studium eben in den Lehrstuhl für Agrarrecht integriert hat? Aller Wahrscheinlichkeit nach war erstens die strenge Aufgliederung des ungarischen Rechtssystems das Hindernis des wirklich Komplexität fordernden und spiegelnden Umweltrechts, zweitens hätte z. B. weder das Zivilrecht, noch das öffentliche Recht keinen würdigen separaten Platz für das sich auf jedes Rechtsgebiet fühlernmäßig erstreckende Umweltrecht sichern können. Schließlich war auch die schon veraltete, aber schon zur Routine gewordene Anschauung ein motivierender Aspekt.

Die mit dem Umweltschutz verbundenen Assoziationen wurden vor allem zur Landwirtschaft, zu den Nutzflächen gebunden, und die immer größere Gefahr aufzeigende Urbanisation, Raumforschung, dann die wahnsinnige Industrialisierung noch nicht erwähnend haben langsam das einst solides Bild umbemalt. Heute reicht aber die Existenz der unsere Umwelt dienenden und schützenden, zu den Grundgesetzen gebundenen branchbezogenen Rechtsnormen nicht mehr aus. Besonders beim Unterricht muss das Ganze zusammen betrachtet werden, die Zusammenhänge systematisiert vorgestellt werden.

Es gibt einen schönen Spruch: Der Appetit kommt beim Essen. So wagen wir es auszusprechen, daß etwas vom Tisch noch fehlt und es ist der Naturschutz. Auf dem Lehrstuhl wird auch heute der Mangel nicht akzeptiert, daß das Naturschutzrecht neben dem Umweltrecht fehlt. Bei unserem ersten Versuch haben wir zwar Unterstützung bekommen, um das Agrarracht mit dem Naturschutzrecht zusammenzubinden, zusammen zu unterrichten, aber die Unterstützer dieser Vorstellung konnten von der Unhaltbarkeit ihrer Vorstellung überzeugt werden. Weil die Struktur des Agrarrechts mit der des ganz andere Zwecke dienenden Naturschutzrechts, bzw. mit seiner Regelung nicht harmonisiert werden könne. Der Mangel am Unterricht des Naturschutzrechts macht aber den Unterricht zu einem Torso. An der einen Seite (ohne es zu nennen) entsteht nämlich die



Störung der Überfülle, was solange kein Problem ist, bis die andere Seite auch die minimalen Möglichkeiten bekommen könnte.

Für heute konnten wir den fakultativen Unterricht des Naturschutzes erreichen. Die zwei Rechtsgebiete sind nämlich ohne das andere unausgeglichen, so das Verhältnis zwischen dem Umweltschutz und dem Naturschutz nur schwer zu harmonisieren ist und dadurch Konfliktsituationen entstehen können, wo die Gegenteile nicht einmal durch strenge Rechtsbestimmungen aufgelöst werden können. Der fakultative Unterricht hilft zwar die Übersichtlichkeit, den Erwerb der nötigen Kenntnisse aber nicht.

Ohne Prahlerei, aber wohltuend feststellend, können wir sagen, daß auf unserem Lehrstuhl schon zwei hauptberufliche Lehrer (Dr. Szilvia Horváth, Dr. László Miklós) unterrichten, die über ein ausgezeichnetes theoretisches und praktisches Wissen verfügende „Umweltjuristen“ sind, aber praktizierende Fachjuristen schließen sich aus dem Mondhof des Lehrstuhles ihnen an. Das Naturschutzrecht wird von einer über großes Wissen verfügenden Naturschutzjuristin: Dr. Mária Kardos gepflegt.

Wir sind zur Gegenwart gelangen. Nach der Abschließung eines Abschnittes der Vergangenheit haben wir – wenn auch nicht die allerhöchste – Spitze erreicht. 2005 hat unser Lehrstuhl die Zulassung vom Ministerium erhalten, um auf Landesebene „die Umweltfachjuristenbildung“ zu organisieren – die Bildung ist schon auch gestartet, aber um dieses zu feiern, suchen wir ein für uns liebes und berühmtes (20.) Jubiläum aus: das Studienjahr 2009/2010.

Sehr geehrter, hochgeschätzter und geliebter Herr Professor Klaus Sojka, mein lieber Freund und unser lieber Freund! Ich habe nicht ohne Absicht das Motto von Livius ausgewählt, es muß getan werden. Deswegen wünschen wir, daß Du im Besitz Deiner Kräfte und guter Gesundheit viele-viele Jahre nicht müde wirst, weder beim Unterricht, noch bei der Weiterentwicklung der Fachliteratur des Umweltschutzes. Gott erhalte Dich!

PÁL BOBVOS

DIE ÄNDERUNGEN DER UMWELTREGELUNG IN UNGARN UM DIE JAHRTAUSENDWENDE

Die erste Periode der Geschichte des einheitlichen Umweltschutzes wurde mit der Konferenz der VNO 1972 in Stockholm abgeschlossen. Nach der Konferenz ist in Ungarn das Gesetz über den Schutz der menschlichen Umwelt verabschiedet worden, das die Anforderungen erfüllt hat, den Umweltschutz, als gesellschaftliches Problem, auf dem Ebene der Gesetze zu regeln. Das Gesetz bedeutete jedoch für die Durchführung keine anwendbare Norm, deswegen konnte sich der Umweltschutz durch die Rechtsanwendung nicht in die gesellschaftlich-wirtschaftlichen Prozesse einbauen.

In den entwickelten Staaten, so auch in den Vereinigten Staaten von Amerika, Japan, in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft ist die Regelung des Umweltschutzes ab die 70er Jahre immer breiter geworden, die Grundzüge der harmonischen Entwicklung wurden ausgearbeitet, die Umweltnutzungen wurden strenger, bzw. sind die Arten, die Maße der verschiedenen Umweltnutzungen geregelt, vor allem durch die Ausarbeitung, die Vorschreibung der Systeme der Grenzenwerte.

Am Anfang der Unterrichtstätigkeit von Herrn Professor Sojka in Ungarn, 1989, hat der Umweltschutz einen globalen Charakter gewonnen, es ist klar geworden, daß es um ein interdisziplinäres Problem geht, in dem zu gleicher Zeit die natürlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekte anwesend sind. Auf die Gestaltung der heutigen Regelung des Umweltschutzes hat die größte Wirkung die 1992 in Rio de Janeiro, mit Teilnahme von 172 Ländern, stattgefundene Konferenz mit dem Titel: „Die Konferenz der VNO: Umwelt und Entwicklung“ gehabt. Nach der VNO-Konferenz wurde in jedem Land größere Aufmerksamkeit dem Schutz der Naturressourcen und den Werten der Umwelt gewidmet.

Die wichtigsten Grundprinzipien des Umweltschutzes sind in den Verfassungen der verschiedenen Staaten erschienen, aber es ist auch klar geworden, daß der Umweltschutz, als komplexes Institut auf den Treffpunkten der verschiedenen Rechtszweige, auch aus dem Gesichtspunkt der rechtlichen Regelung mehrere Rechtsgebiete betrifft, inbegriffen die privatrechtlichen, die öffentlich-rechtlichen, innerhalb der letzteren die verwaltungsrechtlichen Regelungen.

Die rechtliche Komplexität bedeutet, daß sich die den Umweltschutz betreffenden rechtlichen Normen integriert an dem den Schutz der lebenden und nicht lebenden Natur, bzw. kulturellen Werte regelnden Rechtsmaterial anpassen sollen. Die Komplexität erscheint auf dem Niveau des Rechtssystems, aber auch dadurch, daß der Umweltschutz zu gleicher Zeit eine rechtliche und außerrechtliche, vor allem wirtschaftlich-finanzielle Frage ist. Im bedeutenden Teil der entwickelten Staaten – ist der Schutz der menschlichen Umwelt einer der staatlichen Zwecke. Die Behandlung des Umweltschutzes als Staatsziel drückt aus, daß aus dem Gesichtspunkt der Existenz bzw. der Ordnung des Staates und der Gesellschaft der Umweltschutz außerordentlich wichtig ist.

Eine bedeutende Rolle haben auf dem Gebiet des Umweltschutzes auch die örtlichen Selbstverwaltungen, die Aufgabe der Selbstverwaltungen ist der Schutz der gebauten und der natürlichen Umwelt, dazu noch die Ausarbeitung des eigenen Umweltprogramms. Die in Rio angenommenen Prinzipien haben sich ins Regelungssystem in Ungarn eingebaut. In den folgenden stellen wir die wichtigsten Rechtsnormen und Dokumente vor, die die Wirkung der Prinzipien und Methoden der nachhaltigen Entwicklung gewährleisten.

Die ungarische Verfassung spricht nur ganz gering über den Umweltschutz, die wichtigsten Ansprüche werden so festgelegt, daß der Umweltschutz im System der Grundrechte und der allgemeinen Bestimmungen behandelt wird. Es ist bedeutend, weil unter den Verfassungswerten diejenigen wichtig sind, die von der Verfassung als Grundrecht anerkannt werden. Die verfassungsrechtliche Regelung des Umweltschutzes ist notwendigerweise zukunftsorientiert, woraus folgt, daß der Staat die Verantwortung auch in Hinsicht auf die Generationen der Zukunft für die Erhaltung der Umwelt und die nachhaltige Entwicklung tragen soll.

Die Verantwortung des Staates erscheint nicht in der Verfassung, sondern in den Gesetzen. Aus diesen heben wir aus dem Gesichtspunkt unseres Themas drei hervor. Das mehrmals geänderte Gesetz LIII vom Jahre 1995 über die allgemeinen Bestimmungen des Schutzes der Umwelt basiert – die nachhaltige Entwicklung in sein Focus gehalten – auf die in zwei Gruppen gliedernden Grundprinzipien:

- a) In der ersten Gruppe sind die als traditionell betrachtenden Grundprinzipien: Vorsorgeprinzip, Vorbeugungsprinzip, Prinzipien der Wiederherstellung, Verantwortung, Zusammenarbeit, Information, Benachrichtigung, Öffentlichkeit und Verursacherprinzip.
- b) In der zweiten Gruppe sind die in dem Umweltschutz der entwickelten Länder wirkenden Grundprinzipien: die gemeinsame Verantwortung, die Transparenz, die Berechenbarkeit bei der Regelung und der Finanzierung, die Möglichkeit der Rechnungsabnahme, klare Zielsetzungen, messbare Leistungen; Subsidiarität, Additionalität, die Maßnahmen mit mehrfachen Vorteilen.

Das Gesetz LIII vom Jahre 1996 über den Schutz der Natur schreibt unter den Grundbegriffen die folgenden über die nachhaltige Nutzung: „... die Nutzung der Naturwerte auf einer Weise und in einer Maße, die ihre Regenerierungsfähigkeit nicht überschreiten, nicht zur Reduzierung der Naturwerte und der biologischen Vielfalt führen, dadurch die Lebensbedingungen der jetzigen und der zukünftigen Generationen erhält“.

Das Gesetz XXI vom Jahre 1996 über die Flächenentwicklung und Raumordnung schreibt unter den Aufgaben und Zielen der Flächenentwicklung und der Raumordnung die folgenden vor: „... die Durchführung der Entwicklungskonzeptionen soll im Interesse der Erhaltung und Verbesserung des dynamischen Gleichgewichts der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Umwelt“ stattgefunden werden. Im Interesse der Sicherung der nachhaltigen Entwicklung schrieb das Gesetz über die allgemeinen Bestimmungen des Schutzes der Umwelt – mit den gemeinschaftlichen Normen harmonisierend – vor, Nationale Programme auszuarbeiten. Aufgrund dessen hat das Parlament mit dem Beschluss des Parlaments 83/1997 (IX.26.) das erste Nationale Umweltprogramm 1997–2002 verabschiedet.

Bei der Ausarbeitung des ersten Programms wurde auf den in Luzern 1993 angenommenen mittel- und osteuropäischen Umweltaktionsplan und das mit der Rioer Konferenz gleichzeitig ausgearbeitete Fünfte Umweltaktionsprogramm der Europäischen Union, das für den Zeitraum bis zum Ende des 20. Jahrhunderts die umweltpolitischen strategischen Elemente feststellt, aus zwei Gründen Rücksicht genommen:

- a) während dieser Zeit der Beitrittsprozess zwischen Ungarn und der Europäischen Union schon in Gang gesetzt wurde,
- b) die zwei Dokumente legen die Umweltverpflichtungen im Zusammenhang mit dem Beitritt der Organisationen der entwickelten Länder.

Das Nationale Umweltprogramm hat insgesamt 120 Ziele niedergelegt, aber es hat mit Rücksicht auf die Breite und Schwere der Umweltprobleme, keine Prioritätsreihenfolge festgelegt. Die nationalen Quellen schienen ungenügend für die umfassende Behandlung der sich während der Jahrzehnten gesammelten Rückstände, Ursachen und Folgen. Dieses ist – mit Rücksicht auf die Erfahrungen anderer Mitgliedstaaten – heute betrachtend nur langfristig zu verwirklichen und nur in dem Fall, wenn die finanziellen Quellen zur Verfügung stehen.

Neben dem nationalen Staatsbudget haben auch sehr bedeutende finanzielle Quellen auch die aus der EU kommenden, verschiedenen den Beitritt unterstützende Programme, unter denen wir die folgenden hervorheben:

- PHARE (Poland-Hungary: Assistance for Restructuring the Economy – *Polen und Ungarn: Hilfe zur Restrukturierung der Wirtschaft* 1989.) Den größten Teil dieser Unterstützung bekommen Institute. Das PHARE-Programm ist mit dem Beitritt aufgelöst worden.

- ISPA (Instrument for Structural Policies for Pre-Accession – Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt). Es ist eins von drei Instrumenten, mit denen die Europäische Union Beitrittsvorbereitungen der Kandidatenländer in Mittel- und Osteuropa unterstützt. 46% der Unterstützung für Umweltziele, 54% für den Verkehr angewendet wurde. In Ungarn hat 2000 der Projekt für die Verarbeitung des festen Mülls und 2001 der Abwasserklärungsprojekt eine Anerkennung erkämpft. Nach dem Beitritt folgt die Unterstützung der unbeendeten Projekte aus dem Kohäsionsfonds.
- LEADER (Liaison entre actions de développement de l'économie rurale – Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft) ein Programm für die ländliche Entwicklung.
- SAPARD (Special accesssion programme for agriculture and rural development) Programm für die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes, aus dem Ungarn mit etwa 0,5 Mrd. € rechnen kann.

Die bei der Durchführung des ersten Nationalen Umweltprogramms gesammelten Erfahrungen, das Sechste Umweltaktionsprogramm der Europäischen Union, die für die Mitgliedstaaten bis 2010 als Leitfaden gilt, haben die Basis des zweiten Nationalen Umweltprogramms gebildet, das vom Parlament mit dem Parlamentbeschluss 132/2003. (XII.11.) für den Zeitraum 2003–2008 verabschiedet wurde. Das Programm beruht sich auf zwei Prinzipien: die Nachhaltigkeit und die Qualität. In seinem Focus stehen: der Schutz der Naturressourcen, die Qualitätssicherung der Produkte, die angewendet oder verbraucht werden, und die schadstofffreien Produkte und die Entwicklung der Lebensmittelsicherheit.

Neben dem Nationalen Umweltprogramm ist es noch wichtig, die Nationale Entwicklungskonzeption für den ländlichen Raum zu erwähnen. Das wichtigste politische Dokument der ländlichen Entwicklung der EU, der ESDP empfiehlt auch, dass die Mitgliedstaaten über eine gültige Strategie über die ländliche Entwicklung und auch über ein diese formulierendes legitimes Dokument verfügen.

Die erste Nationale Entwicklungskonzeption für den ländlichen Raum wurde vom Parlament durch den Beschluss 35/1998. (III.20.), als nach der Wende erstes, umfassendes, sich auf europäische Prinzipien beruhendes, strategisches entwicklungspolitisches Dokument des Landes verabschiedet.

Die zweite – verabschiedet durch den Beschluss des Parlaments 97/2005. (XII.25.) – Nationale Entwicklungskonzeption für den ländlichen Raum stellt fünf Hauptregelungsgebiete fest, diese sind:

1. Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raumes, also das Ziel ist, einen wirksamen, das Wachstum unterstützenden Raumaufbau auf staatlichen, regionalen und weiteren Ebenen aufzustellen.

2. Ländlicher Anschluss, also das Ziel ist, die Reduzierung der schwersten ländlichen Rückständigkeiten, die eine bedeutende Masse erreichen, die das wirksame Funktionieren der Wirtschaft beschränken und die die gesellschaftlichen Chancengleichheit verletzen.
3. Nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes und Schutz der kulturellen Erbe, also das Ziel ist, die Sicherung der Übereinstimmung der Elemente der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Natur- und Umweltelemente und der kulturellen Elemente.
4. Ländliche Integration zu Europa, also das Ziel ist, im Interesse der Vertiefung der Integration des Landes in den europäischen Raum die transnationalen Verkehrsnetze, die grenzübergreifenden Beziehungen, der institutionellen Zusammenarbeit zu erweitern.
5. Dezentralisation und Regionalismus, also das Ziel ist, die Verstärkung der regionalen Identität, des Zustandekommens der wirtschaftlichen und institutionellen Netze zu unterstützen, bzw. langfristig die Bedingungen der regionalen Demokratie zu schaffen. Es ist auch wichtig, die Entwicklungsrolle und Organisationsrolle des kleinen ländlichen Raumes zu stärken.

Die Nationale Entwicklungskonzeption für den ländlichen Raum wurde in einem engen Zusammenhang mit der Nationalen Entwicklungspolitischen Konzeption fertiggestellt, die zwei Konzeptionen ergänzen einander. Die Nationale Entwicklungskonzeption für den ländlichen Raum legt die Entwicklungsprinzipien der Nationalen Entwicklungspolitischen Konzeption auf die ländlichen Erscheinungen und Prozesse beziehend aus. Wo es nötig ist, führt diese auch spezielle ländliche Prinzipien ein, im weiteren orientiert diese geographisch die Entwicklungszielsetzungen und bereichert diese mit eigenartigen ländlichen Erwägungen.

Das weitere den Umweltschutz verwirklichende Nationale Programm ist das Nationale Agrarumweltprogramm, bzw. das Nationale Entwicklungsamt, das die lang- und mittelfristigen Planungsaufgaben erfüllt, die nötigen Pläne zur Inanspruchnahme der finanziellen Unterstützungen der Europäischen Union fertigstellt, zur Anwendung dieser Unterstützungen nötige Tätigkeit verrichtet und die solche Tätigkeiten verrichteten weiteren Regierungsorgane koordiniert.

Das Nationale Agrarumweltprogramm ist 2002 gestartet. Die wichtigste Strebung des Programms ist eine landwirtschaftliche Praxis zu gestalten, die sich auf nachhaltige Nutzung der Naturressourcen, den Schutz der Naturwerte, die Erhaltung des Landschaftspotenziales, die Fertigstellung der gesunden Produkte guter Qualität beruht, dabei solche Wirtschaftssysteme ausbauend, die Arbeit und Lebensunterhalt für die sich mit diesem Gebiet beschäftigende Bevölkerung sichern.

Das Nationale Entwicklungsamt – unter anderem – stellt den umfassenden Entwicklungsplan für das ganze Land und die zur Inanspruchnahme der Mittel aus dem Strukturfonds der Europäischen Union nötigen nationalen Entwicklungspläne, die zur Inan-

sprachnahme der Unterstützungen des Kohäsionsfonds nötigen Strategien zusammen. Daneben verrichtet es die Harmonisierung der mit dem Europaplan zusammenhängenden Regierungstätigkeit, unterstützt und folgt die Verwirklichung des umfassenden Entwicklungsplanes und der nationalen umfassenden Pläne.

Das Amt führt Verhandlungen mit den Institutionen der Europäischen Union im Interesse der Gestaltung der operativen Programme zum gemeinschaftlichen finanziellen Rahmen und zur dessen Verwirklichung. Es organisiert die nationalen Aufgaben im Zusammenhang mit der strukturellen und Kohäsionspolitik der Europäischen Union, verrichtet die Vorbereitungs-, Organisations- und Koordinierungsaufgaben im Zusammenhang mit den PHARE und ISPA-Programmen.

Aus dem Gesichtspunkt des erfolgreichen Funktionierens des Umweltschutzes ist es unentbehrlich, die wissenschaftliche Forschung und den Umweltunterricht, im weiteren die Rolle der Zivilsphäre zu stärken.

Das Recht zur gesunden Umwelt ist das Recht von jedem, darausfolgend bei deren Gestaltung, Schutz im Interesse des Schutzes der gegenwärtigen und der zukünftigen Generationen ist jeder verpflichtet, mitzuwirken. Jeder hat das grundsätzliche Recht, bei Umweltschädigung oder Umweltgefährdung mit dem Wecken der Aufmerksamkeit des Umweltbenutzers und der Behörden im Interesse der baldmöglichsten Vermeidung der Gefahr oder des Schadens einzugreifen. Die staatsbürgerliche Teilnahme kann durch die Zivilorganisationen, die Umweltvereine und andere gesellschaftliche Organisationen ausgeübt werden.

Die Zivilorganisationen können bei der Ausarbeitung der Umweltprogramme, der Entwicklungspläne mitwirken. Sie können an Prozessen teilnehmen, die den zukünftigen Platz einer Investition oder Entwicklung feststellt, bei deren Verwirklichung die Umwelt gefährdet werden kann oder bedeutende Wirkung auf sie ausgeübt werden kann. Letztendlich können sie auch den Gerichtsweg in Anspruch nehmen, wo noch kein Umweltschaden verursacht worden ist, aber die Gefahr dieses ist schon zu beweisen.

Das Recht sichert den Schutz der Umwelt- und Naturwerte mit einem Sanktionssystem der zu verschiedenen Rechtszweigen gehörenden Sanktionen. Die rechtswidrigen Verhalten, die die Umwelt gefährden oder der Umwelt Schaden verursachen, werden mit verwaltungsrechtlichen, ordnungswidrigen, in schwereren Fällen strafrechtlichen Sanktionen bedroht. Das ist aber noch nicht genügend. Die Verbrauchergesellschaft verbraucht mit dem wachsenden Verbrauch parallel die Naturressourcen immer mehr, dabei die Natur schädigt, und mit den entstehenden Abfällen, Resten die Natur verschmutzt. Der Umweltschutz ist nur mit Rechtsnormen nicht zu lösen, dazu braucht man auch umweltfreundliches Verhalten, bei deren Bildung die Zivilorganisationen eine unentbehrliche Rolle haben. Die Umweltschutzvereine können durch die Bekanntmachung der Rechtsnormen, die Folgung der Durchsetzung, die Entdeckung der Probleme, die Erziehung etc. sehr vieles für den Schutz der Umwelt machen.

Für das inzwischen EU-Mitglied gewordene Ungarn wurde ermöglicht, dass es sich den Prozessen der Gestaltung der Umweltpolitik der EU anschließt. Die Möglichkeit hat Ungarn mehrmals benutzt. Als Juni 2003 die Kommission den Entwurf der Richtlinie über die Abfälle der Industriezweige verabschiedet hat, ist es Ungarn gelungen, Garantien gegenüber den grenzüberschreitenden Wirkungen der Bergbautätigkeiten in den Nachbarländern einzubauen (Nagybánya – Frauenbach, Verespatak – Goldbach). Es war eine wichtige Zielsetzung, dass die zugelassenen Grenzwerte für den Zyanidinhalt des Durchlassschlammlagers bedeutend reduziert werden soll. Diese Zielsetzung konnte Ungarn während der Verhandlungen erreichen.

Wir haben auch Ergebnisse bei der Modifizierung der Regelung über die Treibhausgasemissionen (Richtlinie 2003/87/EG) erreicht, infolgedessen sind im Emissionshandelsystem, bei dem Beitritt von Ungarn, als neuem Mitglied die Werte der Emissionszertifikate nicht gesunken.

Innerhalb der Europäischen Union muß die ungarische Umweltdiplomatie außer der Durchsetzung der gemeinsamen Politik auch seine nationale und regionale Interesse (z.B. Länder der Visegrader Gruppe) vertreten, vor allem auf den Gebieten, die langfristig die Umweltsicherheit des Landes bestimmen. Mit der Osterweiterung ist Ungarn auf den östlichen Rand der EU gelandet. Aus seiner eigenartigen geopolitischen Situation folgend kann Ungarn eine Koordinierungsrolle in Bezug auf Programme, Vereinbarungen, Projekte übernehmen.

Bei der Qualität der natürlichen Umwelt ist der Schlüssel die praktische Durchsetzung der nachhaltigen Entwicklung. Jeder Schritt der Qualitätsentwicklung dient zu gleicher Zeit auch die Schonung, den Schutz, die Nachhaltigkeit der natürlichen Umwelt. Für die Nachhaltigkeit gibt es bloß viele Definitionen, aber die aus dem Gesichtspunkt der Umwelt erträgliche wirtschaftliche Entwicklung ist immer die wichtigste. Die nachhaltige Entwicklung ist ein wirtschaftliches Wachstum, das mit der Regenerierung der Naturressourcen harmonisiert und mit der Assimilationsfähigkeit der belasteten Umwelt rechnet. Dieses steht auch im Zusammenhang mit den Interessen der natürlichen Umwelt, so auch mit den der darin lebenden Bevölkerung.

LAJOS TÓTH

DIE FACHEKKURSIONEN VON PROF. KLAUS SOJKA IN UNGARN (1990–2006)

Vorwort

Die vorherigen Studien haben es schon hervorgehoben, was für eine moralische und finanzielle Unterstützung Professor Sojka unserem Lehrstuhl, indirekterweise den Studenten unserer Fakultät geleistet hat.

Da die Vergeltung für dieses beinahe unmöglich war, ist unser Lehrstuhl auf die Idee gekommen, nach den Vorlesungen des Herrn Professors (montags, dienstags, mittwochs hat er seine Vorlesungen: 14 Stunden in einem Block gehalten) eine ein-, zweiseitige fachliche Exkursion in den Lehrplan einbauen zu lassen. So konnten wir jedes Semester 35–40 Personen von seinen Studenten zu dieser Exkursion mitnehmen. Dieses hatte den Vorteil, – es ging ja um eine Exkursion, die im Lehrplan eingebaut war – dass die Kosten des Busses von der Universität, die Unterkunftskosten vom Dekan und der Studentenselbstverwaltung getragen wurden. Professor Sojka hat jedes Mal darauf bestanden, von den 4 „Hauptmahlzeiten“ einmal der „Gastgeber“ zu sein.

Die von den Studenten „bloss“ als Sojka-Exkursion erwähnten Reisen haben sich in die Geschichte der Fakultät eingetragen. Die während der 15 Jahre organisierten insgesamt 22 Exkursionen haben wunderschöne Erlebnisse mit sich gebracht. Wegen der Umfangsbeschränkungen ist es unmöglich, alle hier zu präsentieren. Deswegen unternehmen wir bloss, die Erlebnisse von 8 Exkursionen wachzurufen, deren Programme für uns besonders unvergesslich geblieben sind.

Für mich persönlich hat die größte Anerkennung einer der liebsten Freunde von Herrn Professor Sojka, Hans Reichelt (über seine Aufenthalt siehe später) in dem berühmten Bugacer Tscharda zum Ausdruck gebracht: „Jetzt verstehe ich schon, warum Klaus nach Szeged so besessen kommt, und warum er jedes Mal 1–2 Jahre jünger nach Hause kehrt.“

Ich hoffe ehrlich, wenn der 80 jährige Professor die folgende kurze Zusammenfassung in die Hand nimmt, kann er auch die Stimmung und die Atmosphäre der einzelnen Reisen wieder wachrufen.

Studienjahr 1995/1996

Wegbeschreibung: Szeged–Szilvásvár–Noszvaj–Eger–Szeged

Szilvásvár ist die Perle des ungarischen Tourismus. Hier befindet sich das eine Zentrum der Pferdezucht, der Zentralstall der berühmten Pferdeherde von Lipica, in der die zur Präsentation gehaltenen Pferde sind. Die weltberühmte Pferdeherde ist auf den Weiden des Bükker Nationalparks, die unter einer speziellen Haltung (bei der das Vieh das ganze Jahr im Freien ist) trainiert wird. Nach der Besichtigung der Ställe sind wir zu der nächsten Sehenswürdigkeit, zum Salajka Tal, zum Bach gegangen. Ca. 100 m von der Quelle ist der Schleier-Wasserfall, der wirklich ein seltenes Naturwunder ist. Auf dem Rückweg sind wir schon zu Fuß gegangen, um uns auch die größte (berühmteste) Forellenzuchtanlage des Landes ansehen zu können. Die hier gezüchteten kleinen Fische werden im Salajka Bach bis zu einer zum Verzeihen geeigneten Größe erzogen.

Von Szilvásvár ist unser Weg zum kleinen Dorf bei Eger: nach Noszvaj geführt. Nach dem Abendessen haben wir auf einem vollkommen dunklen Weg den riesigen dreizweigigen Keller von Baron Keglevics aufgesucht, den sich eine schwäbische Familie (Turnerer) vom ungarischen Staat gekauft hat. Das Besondere dieser Weinprobe war, daß der von uns gekaufte Wein (Egri Leányka) nächstes Jahr den Titel „des besten Weins von 1995“ erhalten hat.

Die berühmten Kellerreihen des Weingebiets von Eger befinden sich in „Szépasszony völgy“. Bis auf die Weinleseperiode im Herbst erwarten die Winzer das ganze Jahr in ihren schönen Kellern die Touristen. Vor dem Mittagessen wurden wir auch nicht umsonst erwartet. Unsere Gesellschaft hat unter diesen in kleinen Gruppen gegliedert gewählt. Zu Mittag sind wir in das berühmteste Kulacs-Tscharda schon gut gelaunt gekommen. Nach dem ausgezeichneten Mittagessen kam der Höhepunkt der Exkursion. Der Herr Ober, als hochrangiger Beamte des Weinordens von Eger hat Professor Sojka – im Rahmen einer traditionellen Zeremonie – zum Ritter des Weinordens von Eger geschlagen. Herr Professor hat ca. 5–6 Mal einen Fehler begangen, so musste er soviel Mal ein volles Glas Wein austrinken. Wir hoffen darauf, dass er diesen Diplom mit dem Steinabdruck neben dem „Pro Universitate“ Diplom aufbewahrt.

Juli 1997

Wegbeschreibung:

Szeged–Ópusztaszer–Festival in der Freilichtsbühne

Frau Rose Marie Brüggemann war die ausgezeichnete Mitarbeiterin von Professor Sojka im Rechtsanwaltsbüro in Hamburg. Sie hat eine bedeutende Rolle bei der Pflege unserer Beziehung gespielt. Deswegen haben wir es so beurteilt, dass auch sie die Stadt der Sonne und im Rahmen der Szegediner Freilichtsspiele die Aufführung von der „Aida“ sehen soll. Unsere Einladung hat der Herr Professor angenommen, vorausgesetzt, daß wir einen fachlichen Vortrag für diejenigen, die sich mit dem Umweltrecht

beschäftigen, organisieren. Sie sind am 22. Juli in Szeged angekommen. Am nächsten Tag – nach der Stadtrundfahrt – ist der Vortrag von dem im Rahmen der Populärwissenschaftlichen Gesellschaft funktionierenden Caféhaus des öffentlichen Lebens mit dem Titel: „Entwurf über das Europäische Umweltrecht“ organisiert worden.

Am 24. Juli haben wir den berühmtesten nationalen Denkmalspark in Ópusztaszer besichtigt. Unseren Gästen hat besonders das Panoramagemälde von Árpád Feszty gefallen, das unsere Landeinnahme vorstellt.

Am 25. Juli hat uns in seinem Büro Dr. Tibor Major, der Direktor der Umweltbehörde des Alsó-Tisza Gebietes, empfangen. Nach der fachlichen Konsultation haben wir mit ihm das Mittagessen in dem berühmten „Favilla“ Restaurant bei Szeged gespeist.

Nach dem Mittagessen kam es zu einer schönen Schifffahrt auf der Theiss mit dem Motorboot der Umweltbehörde, vom Delta der Maros bis zur bekannten Hexeninsel. Nach einer kurzen Erholung konnten wir uns die wunderschöne Aufführung von der Oper: Aida auf der Szegediner Freilichtbühne mit (5.000 Plätzen) auf dem Domplatz ansehen.

Studienjahr 1998/1999

Wegbeschreibung: Szeged–Nyíregyháza–Tokaj–Debrecen–Szeged

Diesen Besuch von Herrn Professor Sojka mussten wir mit dem 75. Jubiläum des Bestehens unserer Universität harmonisieren. Zum Fest des Jubiläums – als Doktor honoris causa – hat ihn der Rektor unserer Universität eingeladen. Wir mussten darauf Rücksicht nehmen, daß der Empfang der ausländischen Gäste in der Aula der Universität am Freitag um 19.00 Uhr begonnen hat. Samstag vormittag fand im Nationaltheater von Szeged das offizielle Fest mit der Teilnahme des Präsidenten der Republik Ungarn statt, an dem Herr Professor auf der Bühne sitzend teilgenommen hat. Nach dem Fest gab es für sie ein feierliches Mittagessen in dem Festsaal des gegenüber liegenden Museums.

Unsere Exkursion begann nach dem alten traditionellen Drehbuch. Das Ziel unserer Reise war – zum Jubiläum passend – Tokaj und sein Gebiet. Wir haben uns auf dem Hauptplatz von Nyíregyháza mit unserem „Fremdenführer“ getroffen, der für uns in einem sehr gemütlichen Restaurant Tische reserviert hat. Nach dem Mittagessen sind wir zu unserer Unterkunft gekommen, dann sind wir nach Tállya, zum Weinkeller von Mihály Hollókői weitergefahren. Nach den Winzern stammt der eigentliche Tokajer Wein nicht ausserhalb vom Gebiet der Stadt Tokaj, sondern aus der Tokajer Wein- gegend, er wird in den dortigen Kellern hergestellt.

Als wir angekommen sind, wurde schon im Garten des Einfamilienhauses, vor dem Keller das Gulasch in einem grossen Kessel gekocht. Der Winzer hat uns in einen wunderschönen dreizweigigen Keller geführt, von dessen der eine Zweig ausgesprochen den

Empfang der Gäste diente. Nach der Weinprobe aus den Fässern, dem Abendessen und dem Singen sind wir mit einigen Flaschen Wein von der besten Marke zu unserer Unterkunft zurückgekehrt.

Freitag vormittag waren wir im Tokajer Weinmuseum erwartet, damit uns der Direktor und natürlich einige gute Weine vorgestellt werden. Deswegen mussten wir die Studenten „früh“ wecken, damit wir bis 18.00 Uhr in Szeged ankommen können. Bei dem Wecken der Mädchen habe ich erstaunt erblickt, dass sich unsere beste „Sängerin“ an der Wange verletzt hat. Sie wollte aber auf keinen Fall zum Arzt gehen. Sie hat uns gebeten, nach dem Museumsbesuch sie zu ihren Eltern nach Hause zu fahren, die auf sie an diesem Wochenende sowieso warten. Ihre Bitte haben wir natürlich akzeptiert. Aber wir haben damit nicht gerechnet, dass sich unser Chauffeur verfahren wird. Er hat die Landstrasse verlassen, aber er fand den Weg nicht zurück. So haben wir im wirklichen Sinne die grosse Ungarische Tiefebene vollkommen befahren. Ca um 18.00 Uhr haben wir den Leiter des Rektorats angerufen, um ihm Bescheid zu sagen, warum Herr Professor Sojka am Empfang für die ausländischen Gäste nicht teilnehmen kann. Wir sind spät in Szeged angekommen, aber am nächsten Tag ist Herr Professor „frisch“ zum Theater gekommen, um am Fest teilzunehmen, danach mit dem Präsidenten der Republik Ungarn zusammen zu Mittag zu essen.

Studienjahr 2000/2001

Wegbeschreibung: Szeged–Kecskemét–Bugac–Szeged

Im Herbst 2000 haben wir Professor Sojka darüber informiert, daß er im Frühling 2001 das 25. Mal seine Vorlesungen bei uns halten wird und daß wir zu diesem Anlaß – während der Exkursionszeit – ein wissenschaftliches Symposium organisieren möchten. Er hat unsere Idee mit großer Freude bewillkommen, er hatte bloß eine bescheidene Bitte. Er möchte nämlich seinen lieben Freund (seinen ehemaligen Schulkameraden) Herrn Dr. Oec. Hans Reichelt mitnehmen. Seine Bitte haben wir auch mit großer Freude empfangen, da wir über die Lebensbahn von Herrn Reichelt schon viel gehört haben. Wir haben sogar die hervorragende Gelegenheit genutzt, daß der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates und Minister für Land- und Forstwirtschaft der DDR (über 32 Jahre lang), führende Persönlichkeit der DBD – mit Simultandolmetschen – eine Vorlesung im Rahmen des Agrarstudiums hält. (Die schriftliche Version seiner ausgezeichneten Vorlesung mit seiner Unterschrift und sein Buch „Zur Geschichte der DBD“ aufbewahre ich noch immer.)

Die Rolle des „Gastgebers“ des wissenschaftlichen Symposiums hat Dr. Sándor Albrecht, der damalige Direktor des Kiskunsager Nationalparks in Kecskemét übernommen. Genau bis zu unserem Symposium ist das wunderschöne „Haus der Natur“ auf dem Gebiet des Nationalparks mit einem modernen Konferenzsaal fertig geworden. Zum Symposium sind die Professoren unserer Fakultät und die Umweltfachleute gekommen.

Die Sitzung wurde von Dr. Lajos Tóth, Lehrstuhlleiter eröffnet. Vorleser waren: Prof. Dr. Klaus Sojka, Prof. Dr. Gyula Bándi (Budapest), Dr. Mihály Hajdú (Umweltministerium, Budapest), Dr. László Miklós (Universitätsassistent, Szeged), Dr. Mária Kardos (Abteilungsleiterin, Kiskunsager Nationalpark). Die Sitzung wurde von dékán Prof. Dr. Lajos Besenyei geschlossen.

Dann ist das gemeinsame Mittagessen gekommen, in dem international bekannten „Alten Bugacer Tscharda“. Zu diesem Anlaß hat der Tschardaeigentümer aus dem berühmten „100-Mitglieder-Zigeunerorchester“ eine kleinere Gruppe zusammengestellt. Das „Arbeitsmittagessen“ ist sehr gut gelungen. Herr Dr. Reichelt mußte leider nach dem Mittagessen nach Budapest zum Berliner Zug fahren, wir sind in den frühen Abendstunden in Szeged angekommen.

Studienjahr 2001/2002

Wegbeschreibung: Szeged–Baja–Nemesnádudvar–Baja–Jagdhaus Keselyűs (Gemenc)–Szeged

Während seiner Tätigkeit wurde Herr Professor Sojka von Frau Dr. Eva Metzinger, ehemaliger Studentin unserer Fakultät, der jetzigen Leiterin des Verwaltungsamtes vom Kommitat Bács-Kiskun kennengelernt, die perfekt Deutsch spricht. In den Arbeitsbereich von Frau Metzinger gehören auch die Angelegenheiten der schwäbischen Gemeinden im Kommitat und ihre Unterstützung. Deswegen hat sie unserem Lehrstuhl empfohlen, uns zu einer Exkursion einzuladen. Ihre sehr guten Organisierungsfähigkeiten kennend haben wir ihre Einladung mit großer Freude angenommen.

An einem Donnerstag um 10.00 Uhr sind wir in Baja angekommen. An der József Eötvös Hochschule wurden wir vom Direktor der Fakultät empfangen. Professor Sojka – als Missionar des Umweltschutzes – hat auch hier eine Vorlesung für Studenten im Studiengang Umweltschutz gehalten. Um 13.00 Uhr wurden wir von der Leiterin (Elisabeth Knab) im Ungarndeutschen Bildungszentrum empfangen. Sie hat natürlich auch Hochdeutsch gesprochen.

Der Autor dieser Zeilen hat schon sehr viele schöne Gebäude gesehen, aber ein diesem ähnliches noch ganz wenige. In wunderschönen Gebäudenflügeln waren die Klassenräume, die Turnhalle, die größeren und kleineren kulturellen Säle. Der große Hof mit dem darauf stehenden Gebäuden zusammen erinnert – einen Universitätsbegriff benutzend – an ein kleines Campus.

Nach dem Mittagessen sind wir in ein kleines schwäbisches Dorf nach Nemesnádudvar gefahren. Da hier etwa 800 Presshäuser und Keller in die Erde eingegraben (ins. 20–25 km lang) sind, war es evident, daß unser Abendessen: das Kesselgulasch im Keller von Herrn Schumacher (der Bergrichter) vorbereitet wird.

Am nächsten Tag (am Freitag) sind wir ins größte und berühmteste Pflanzen- und Wildreservatum gefahren. Gemenc befindet sich auf beiden Seiten der unteren Strecke der Donau. Im Sitz der Gemenc AG haben wir in Baja hervorragende fachliche Informationen bekommen, dann sind wir mit dem großen Dienstboot aufwärts der Donau ca. eine Stunde gefahren, dann sind wir in den Wagen der kleinen Waldeisenbahn „umgestiegen“. Durch wunderschöne Landschaft sind wir ins Jagdhaus von Keselyűs gekommen, das in den sozialistischen Zeiten „der Stammort“ der größten in- und ausländischen Führer war. Im Haus befinden sich zwei wunderschöne Hirschbockgeweihe. Bei einem Kampf sind die Geweihe so zusammengestoßen, daß sie nicht auseinandergenommen werden konnten und beide sind dabei gestorben. Nachdem diese gefunden wurden, wurden sie zusammen bereitet und heute sind sie schon touristische Sehenswürdigkeiten. Am späten Nachmittag haben wir uns von Frau Metzinger und unseren Gastgebern Abschied genommen.

Studienjahr 2001/2002

Wegbeschreibung:

Szeged–Nagylak–Temesvár (Temeschburg)– Nagylak–Szeged

Beim Essen und Trinken an den weißen Tischen hat sich Professor Sojka immer besonders für die Geschichte von Transylvanien, die Situation des dortigen Ungarntums und nicht zuletzt die Umweltlage von Rumänien interessiert. [Besonders für die Zyanidverschmutzung der Theiß]. Unser Lehrstuhl hat sich deswegen entschlossen, eine Fachexkursion im April 2002 zur Juristischen Fakultät der Temesvarer (Temeschburg) Universität zu organisieren, um so mehr, da unser Lehrstuhl bis jetzt keine Beziehung zum Agrarrechtstuhl unserer „Partneruniversität“ hatte. Der damalige Dekan, Prof. Univ. Dr. Radu I. Motika hat sich über unsere Bitte sehr gefreut und hat sofort die Einladung für 8 Personen geschickt.

Am 12. April (am Freitag) sind wir in den frühen Morgenstunden mit dem Mikrobuss unserer Universität losgefahren. In Nagylak, jenseits der Grenze hat der Dekanatleiter schon auf uns gewartet. Unsere erste Überraschung war, daß wir wegen dem Zustand der Straßen aus Papierbechern nicht mehr trinken konnten. [So mußten wir direkterweise die Flasche „benutzen“.]

In Temesvár ankommend sind wir erstens unsere Hotelzimmer besetzt. [Jeder hat ein eigenes Zimmer bekommen.] Zum Dekan wurden wir schon mit dem nagelneuen Mercedesbus der Fakultät gebracht. Nach den gegenseitigen Vorstellungen im Dekanat hat sich herausgestellt, daß der für den Unterricht des Umweltrechts verantwortliche Cof. Univ. Dr. Anton Trăilescu Instituttleiter anwesend ist, der mit ungarischen und deutschen Dolmetschen uns über das Umweltrecht, seine Effektivität und die Lage des Unterrichts informiert hat. Nach der fachlichen Besprechung hat uns der Dekan in seine eigene Villa-Wohnung gebracht. An dem riesigen gedeckten Tisch haben das Essen und Trinken und die fachlichen Konsultationen bis in die Nachstunden gedauert.

Samstag vormittag hat uns der Dekan das neue Gebäude der Fakultät, die mit der modernsten Technik ausgerüsteten Vorlesungssäle gezeigt. Dann kam die Stadtrundfahrt mit einem ungarischen Fremdenführer (PhD. Ármos Lóránd Sándor). Wir haben die ungarischen Gedenkstätten und die ungarischen Buchhandlungen und Souvenirgeschäfte aufgesucht. Am frühen Nachmittag kam die eigentliche Überraschung. Der Dekan hat uns in ein Restaurant zum Abschiedessen gebracht, das größtenteils sein Eigentum ist.

Wir können ehrlich sagen, daß es uns zu verdanken ist, daß zwischen den zwei Fakultäten ein Vertrag über die zukünftige Zusammenarbeit zustande gekommen ist, der von den beiden Dekanen in einem späteren Zeitpunkt in Szeged unterschrieben wurde.

Studienjahr 2002/2003

Wegbeschreibung: Szeged–Budapest–Visegrád–Esztergom–Sturovó (Párkány)–Visegrád–Hamburg

Da sich Professor Sojka immer besonders für die ungarische Geschichte und historische Gedenkstätten interessiert hat, haben wir gedacht, daß er Visegrád und Esztergom, auch aus der Hinsicht des Landschaftsschutzes das Donauknie unbedingt sehen muß. Damit er auch einen Blick in den slowakischen Umweltschutz gewinnen kann, haben wir in unser Program die Besichtigung der größten Papierfabrik der Slowakei jenseits der Donau integriert.

Früh nachmittag sind wir in Visegrad eingetroffen und haben sofort die Burg „eingenommen“. (Bis wir es konnten, mit dem Mikrobuss) Wir brauchten keinen Fremdenführer, da Jóska Újvári nicht nur ein ausgezeichnete Dolmetscher ist, sondern er verfügt über ein riesiges Wissen über die ungarische Geschichte. So hat Professor alles erfahren, was ein Ausländer erfahren soll.

Am Abend haben wir das Abendessen in einem gemütlichen ungarischen Restaurant gegessen, dann haben wir die Nacht in einer Pension des Halema Erholungszentrums verbracht.

Am nächsten Morgen wartete auf uns eine deutschsprachige Fremdenführerin vor der Basilika in Esztergom. Wir haben etwa eine zweistündige Führung über das Gebäude und die geschichtliche Rolle der Basilika, die Gräber und die Statuen in der Unterkirche bekommen.

Da kam unsere Überraschung. Wir haben erst jetzt verraten, daß wir über die neulich renovierte Maria-Valeria Brücke in die Slowakei, in die auf etwa 20–25 Hektar liegende Papierfabrik herüberspazieren werden. Nach der Wende in der Slowakei wurde die früher staatliche Papierfabrik von der berühmten Kappa Firma gekauft. Nach der einstündigen – vor allem den Umweltschutz betreffende – Führung sind wir mit Perso-

nenkraftwagen die Fabrik herumgefahren, um die modernste europäische Technologie zu sehen.

Nach dem Fabrikbesuch haben wir in einem eleganten slowakischen Restaurant nach den Vorspeisen einheitlich mit einem traditionellen Strapatschka von der Slowakei, später in Visegrad von Professor Sojka Abschied genommen.

Studienjahr 2003/2004

Wegbeschreibung: Szeged–Hollóstető–Jávorkút–Lillafüred–Stausee in Lázberc–Pénzpaták

Hollóstető befindet sich auf dem Gebiet des Bükker Nationalparks, auf dem Halbweg zwischen Miskolc und Eger. Im Touristenhotel haben wir zu Mittag gegessen, dann haben wir im Kurort Bükkszentkereszt „für das Abendessen eingekauft“, da wir uns beim Abendessen für ein ungarisches Speckbraten entschlossen haben. Unsere Unterkunft war auf dem schönsten Ort der Bükker Hochebene in Jávorkút. Dann kam das Feuermachen und das Speckbraten. Für uns war es eine große Freude, daß Professor Sojka sowas noch nicht erlebt hat. (Er hat ja auch hier gegessen, da wir für ihn auch gebraten haben!)

Am nächsten Tag – nach dem Frühstück – haben wir Jávorkút bewundert, der 650–660 Meter über dem Meeresspiegel seit Jahrzehnten sein Quellenwasser strömt. (Wir haben es auch gekostet!) Vom Panorama der Bükker Hochebene haben wir uns auch verabschiedet und haben in Lillafüred bei Miskolc das Sommerschloßhotel von Miklós Horthy (heute gehört es zu einer Hotelkette) den Wasserfall des Szinvabachs und den künstlich angestauten Garadnaer See bewundert. Dann kam das eigentliche Fachprogramm bei dem Stausee in Lázberc. Während des Baues des Stausees kam es zu heftigen Diskussionen zwischen den wasserwirtschaftlichen Fachleuten und den Umweltschützern. Die wasserwirtschaftlichen Fachleute haben darauf Bezug genommen, daß sie nur auf dieser Weise die Wasserversorgung von 8–9 Gemeinden und der aufbauenden Industriestadt lösen können. Nach der Meinung der Gegner bricht die Füllung eines sich unter wunderschönen Bergen befindenden Tales mit Wasser den Wasserhaushalt von Bükk zusammen. Der Stausee ist trotzdem gebaut worden, von einer nachträglichen Umweltverträglichkeitsprüfung haben wir bloß noch nicht gehört.

Nach der etwa einstündigen Besichtigung und fachlichen Informierung sind wir wieder auf die Bükker Hochebene gefahren. Der Generaldirektor der Forstwirtschaftlichen AG von Nordungarn hat uns erlaubt, daß in ihrem schönsten Jagdhaus in Pénzpaták der Hausverwalter und seine Frau uns mit einem ausgezeichneten Wildessen und dem dazu passenden Wein überraschen. Die Überraschung ist so gut gelungen, daß alles gegessen wurde, was gekocht wurde.

LÁSZLÓ MIKLÓS

UNTERRICHT DES UMWELTRECHTS IN UNGARN

Einführung

Der Umweltschutz – als gesellschaftliche, wirtschaftliche Tätigkeit – ist seit langem der Teil unseres alltäglichen Lebens geworden. Das Umweltbewusstsein und die Rolle des Staates im Umweltschutz sind schon neuere Erscheinungen: eigentlich ist in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in engerem Sinne das Umweltrecht in den Rechtssystemen der Staaten und der Regionen entstanden. Im Völkerrecht gehen die globalen Umweltfragen der Staaten und der Kontinente auf eine frühere Zeit zurück. Durch die industrielle, urbanisationelle und die Umwelt verändernde Tätigkeit der Menschen hat sich der natürliche Lebensraum der Erde verletzt. Für den ursprünglichen Zustand der durch den Zusammenwuchs der natürlichen und kulturellen Werte entstehenden Umwelt wurden schon auch im Mittelalter Schritte gemacht, aber das Umweltrecht im heutigen Sinne ist erst 1972 nach der ersten Umweltkonferenz der Vereinigten Nationen in Stockholm entstanden.

Die völkerrechtlichen und international-politischen Wurzeln des Umweltschutzes sind auf den Charakter der Umweltwirkungen zurückzuführen: die Menschheit hat zum Glück noch früh erkannt, dass diese Wirkungen keine Staatsgrenzen, aber oft auch keine natürliche, geographische Grenzen kennen. Dadurch muss man die tatsächlichen Umweltschutzmassnahmen, von der diese regelnden Umweltgesetzgebung und der Rechtsanwendung trennen. Noch mehr ist der Unterschied zu spüren, wenn man über das Umweltrecht, als Subjekt des Unterrichts, der Wissenschaft spricht. Die Notwendigkeit der Regelung taucht im allgemeinen auf, wenn neue gesellschaftliche Verhältnisse, neue menschliche Beziehungen zustandekommen, und ihre Bedeutung, Wichtigkeit das Niveau erreichen, wo es schon begründet ist, die Verhältnisse zu regeln und zu ordnen, die Erfüllung der Regelung zu kontrollieren und diese vollzuziehen.

Wo es um die Regelung des Umwelt- und Naturschutzrechtes, innerhalb dessen eben um die Rechtfertigung der Erzwingbarkeit, die Institutionalisierung geht, ist oft erscheinende Meinung, dass der Mensch während der historischen Entwicklung schon die wichtigsten Umweltelemente benutzt hat, trotzdem brauchte man die Grenzen dieser Nutzung nicht festzustellen. Es gab auch andere Meinung: wenn es in der Gesellschaft keine entsprechende Erkennung, keinen autonomen Anspruch nach dem Schutz der

Natur gibt, dann ist nicht einmal der Staat fähig, mit seinen eigenen Institutionen, Behörden und Rechtsnormen, dieses zu erreichen.

Die letzten 50 Jahre der Gestaltung des Umweltrechtes haben aber die bezweifelnden Meinungen über das Umweltrecht und vor allem die behördlichen, finanziellen Mittel nicht gerechtfertigt. Die oft nicht mehr zurückdrehbare Zerstörung der bestimmten Elemente der natürlichen Umwelt kann natürlich diese Meinungen über die ungünstigen Aussichten stärken. Ungarn – ähnlich wie die meisten europäischen Länder – ist schon in einer Lage, wo der Schutz der natürlichen und der gebauten Umwelt dermassen organisch in das Rechtssystem eingegliedert ist, dass es keinen Rückweg mehr gibt; die Entwicklung des Umweltrechts hat ihre institutionelle und verfassungsrechtliche Rahmen.

Die Regelung des Umweltrechts ist also überwiegend mit einer Gesetzgebung vom „Folgen“ zu charakterisieren, wo erst das Umweltproblem erschienen ist, und erst dann kam die naturwissenschaftliche Beobachtung, dann kam erst der Auftritt des Staates, sogar der Staaten innerhalb von einem rechtlichen Rahmen. Die Verspätung mit der Regelung des Umweltrechts ist aber für das wissenschaftliche Vorbild des Umweltrechts nicht charakteristisch. In meiner Schrift unternehme ich, einen Überblick über den Stand des umweltrechtlichen Hochschulwesens, betreffend die Gesetzgebung, die Rechtsanwendung, die Ausgestaltung und das Funktionieren des Institutionssystems zu geben. Der Lagebericht geht vor allem um die Juristenausbildung und betrifft keine anderen wissenschaftlichen Gebiete. Ich muss aber erwähnen, dass die Institute des Umwelt- und Wasserbewirtschaftungsministeriums, bzw. der Ungarischen Wissenschaftlichen Akademie im Rahmen ausführlicher Forschungsprojekte fortlaufend die gesellschaftlichen Wirkungen der Umweltgesetzgebung und Umweltrechtsanwendung bewerten und analysieren. All diese zu präsentieren, würde eine andere Arbeit beanspruchen.

Die Erscheinung des Themas in der Juristenausbildung

In Ungarn können wir über den Unterricht dieses Rechtsgebietes vom Ende der 1980er Jahre an, vom Anfang der 1990er Jahre an sprechen. Das Umweltrecht war aber schon viel früher in der wissenschaftlichen Literatur anwesend.

In der Literatur des Völkerrechts sind schon am Anfang der grenzüberschreitende Charakter der Umweltwirkungen erschienen und die Notwendigkeit der Regelung zwischen den Staaten. Professor Károly Nagy – ausgezeichnete Lehrstuhlleiter für Völkerrecht an der Szegediner Universität – hat schon in seinem 1976 ausgegebenen Lehrbuch „Völkerrecht“ einen eigenen Punkt dem völkerrechtlichen Schutz der menschlichen Umwelt gewidmet.

Professor János Bruhács, der Lehrstuhlleiter an der Janus Pannonius Universität, hat schon in den 1990er Jahren darüber berichtet, dass die Umweltregelung über die internationalen Flüsse eine besondere Bedeutung für Ungarn hat, da unser Land dem Was-

sersammelbecken eines einzigen Flusses, der Donau gehört. Die Mehrheit der Oberflächenwasser kommen von jenseits der ungarischen Staatsgrenze in unser Land, und verlassen Ungarn in südlicher Richtung. Die Gewässergeographie unseres Landes bestimmt also im wesentlichen die Situation und den Zustand sowohl der Wasserumwelt, als auch der Festlandumwelt und die Verantwortung des Staates bei der Bestimmung der Tätigkeitsrichtungen.

Über den Umweltschutz, das Umweltrecht hat unter den ersten in den 1980er Jahren László Sólyom, der jetzige Präsident der Ungarischen Republik, publiziert. Auch nicht weniger bedeutender ist die umweltrechtliche Tätigkeit von Géza Kilényi, späterem Verfassungsrichter. Nach der Chronologie kam am Anfang der 90er Jahre – 1992 – das ausgezeichnete Buch von Tibor Bakács, als Pionierwerk unter dem Titel: „Ungarisches Umweltrecht“, das bei dem Springer Hungarica Verlag erschienen ist.

Ohne Zweifel hat die wissenschaftliche und die Unterrichtstätigkeit von Professor Gyula Bándi bei der Gestaltung des heutigen wissenschaftlichen Systems des ungarischen Umweltrechts, der Mehrheit der geltenden Rechtsnormen, eine hervorragende Bedeutung.

An der Debreciner und der Miskolcer Universität hat die auf theoretische Forschungen basierende, völkerrechtliche, europäische und ungarische Verfassungsmäßigkeit betreffende umweltrechtliche Tätigkeit von László Fodor zum Erfolg dieses Rechtsgebietes beigetragen. Die wissenschaftliche und Hochschulwesensliteratur des Umweltrechts hat sich in den letzten Jahren voll entfaltet. Ungarn ist ab den 1. Mai 2004 vollberechtigtes Mitglied der Europäischen Union geworden. Selbst diese Tatsache hat die Bearbeitung der Ergebnisse der Umweltgesetzgebung mit wissenschaftlichem Anspruch begründet. In Budapest lief das an der Peter Pazmany Katholischen Universität unter der Führung von Professor Bándi, an der Debreciner Universität unter der Führung von László Fodor. Mit ihren Namen sind die in den letzten Jahren meistens benutzten Lehrbücher verbunden.

An der Szegediner Universität – damals noch Attila József Universität – ist das Umweltrecht als Wahlfach in der Juristenausbildung erschienen. Auch hier ist der Anfang mit dem Namen von Professor Gyula Bándi verbunden: mit dem Titel: „Umweltrecht“ ist 1987 als Manuskript fertiggestellt worden und ein Jahr später beim JATEVerlag erschienen.

Ein wichtiger Schritt hat bei der Szegediner Juristenausbildung der Beginn der Tätigkeit von Nikolaus Sojka bedeutet. Für die Studenten und die Forscher ist noch heute als Quellenwerk die ungarische Ausgabe seiner ursprünglich in Frankfurt/Main 1995 erschienenen umweltrechtlichen Arbeit. Der JATEPress Verlag hat es 1997 unter dem Titel: „Környezetvédelem és környezeti jog (Umweltschutz und Umweltrecht)“ das Werk des deutschen Gastprofessors der Szegediner Universität in ungarischer Sprache

ausgegeben. Dieses kann von den Interessierenden noch heute im Wissenschaftlichen Zentrum der Universität in der Bibliothek gefunden werden.

Zu diesem Prozess gehört auch die verbreitete wissenschaftliche und Unterrichtstätigkeit der Kollegen des Lehrstuhles für Agrarrecht und Umweltrecht an der Szegediner Universität. Die geistlichen Werte der Szegediner „Werkstatt“ wurden neben der Tätigkeit der Völkerrechtler der Fakultät ab 1989 durch die fortlaufende Unterrichtstätigkeit von Nikolaus Sojka niedergelegt.

Dieser Überblick ist weit nicht vollkommen, da man sich auf hohem Niveau auch in anderen ungarischen Hochschulwesensinstitutionen mit dem Unterricht des Umweltrechts und der Pflege dieses wissenschaftlichen Gebietes beschäftigt, so zum Beispiel wird das Umweltrecht in Pécs (Fünfkirchen) neben dem Völkerrecht, in Miskolc neben dem Agrarrecht, beziehungsweise damit zusammenhängend gepflegt. Die umweltrechtliche Literatur und auch das Lehrbuchschreiben haben die Entwicklungen in Zusammenhang mit der Europäischen Union gespiegelt.

Unter den Initiativen ist unbedingt das Buch von Gyula Bándi, György Erdey, Zsuzsanna Horváth und István Pomázi unter dem Titel: „Die Umweltregelung der Europäischen Union“ auszeichnend, das auch mehrere Ausgaben erlebt hat.

Der Gegenstand, das System des Umweltrechts

Neben dem Überblick der „Werkstätten“ ist die wichtigste Frage, was unter Umweltrecht den ungarischen Jurastudenten unterrichtet wird? Am Anfang ist der Anspruch aufgetaucht, dass die Umweltgrundkenntnisse bei der Juristenausbildung die Systematisierung der umweltrechtlichen Kenntnisse einführen sollen. Der Anfang der 1990-er Jahre war im ungarischen Umweltrecht die Epoche der bedeutenden Änderungen und Umwandlungen. Als allgemeine Regelung gab es schon das Gesetz über den Schutz der Umwelt und der Naturschutz wurde durch eine gesetzvertretende Verordnung bestimmt. Trotzdem ist die Epoche viel mehr als die Zeit der sektoralen Regelung geblieben. Neben dem allgemeinen, manchmal deklarativen Charakter der gesetzlichen Regelung wurden die wichtigsten Fragen durch gesetzvertretende Verordnungen, aber zum Beispiel im Wasserrecht waren Rechtsnormen noch niedrigeren Niveaus – die Anordnungen des Leiters von zentralen Organen – in den Angelegenheiten der Strafe für unzulässige Abwassereinleitung und der Kanalenstrafe gültig. Obwohl diese zwei letzteren mit Änderung durch ministerielle Verordnung in das Corpus Juris „eingebaut wurde“, trotzdem kann man das damalige ungarische Umweltrecht nicht als einheitliches, zusammenhängendes System betrachtet werden. Dieser Zustand wird auch durch die thematische und objektive Situation des ungarischen Jurahochschulwesens gespiegelt.

Das umweltrechtliche Buch (1992) von Tibor Bakács benutzt Grundbegriffe und ökologische Ausdrücke, um das Objekt des Umweltrechts zu definieren. Unter eigenen

Punkten wird die Regelung des Schutzes der einzelnen Umweltelemente, des Boden, des Wassers und der Luft behandelt und getrennt werden die Regelungen des Schutzes gegenüber den gefährdeten Faktoren analysiert. Trotz des Übergewichts der sektoralen Regelung erscheint der Anspruch nach der Komplexität eben durch die Behandlung der ökologischen Begriffe, bzw. in den Themenbereichen: Landschaftsschutz und Schutz der Siedlungsumwelt.

Das Buch widmet ein selbständiges Kapitel der Frage der Umwelthaftung. Die Bedeutung dessen können wir verstehen, wenn wir hinzufügen: die Europäische Union – obwohl auch mehrere Entwürfe fertiggestellt wurden – ist mit der einheitlichen Regelung der Umwelthaftung bis heute schuldig. In demselben Kapitel hat die Zusammenfassung der „Stockholmer“ Anfänge des internationalen Umweltrechtes einen Quellenwert.

Ungarn hat sein Umweltrecht stufenweise der Regelung der Europäischen Union angepasst. Dadurch hat sich die ganze europäische Umweltregelung in das ungarische Rechtssystem im wesentlichen eingebaut. Statt der früheren sektoralen Regelung sind ab 1995 die endgültige Regelung der Umweltverträglichkeitsprüfung und ab 2001 die Regelung der Umweltzulassung aufgrund der integrierten Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung erschienen und in Kraft getreten. Die Harmonisierung der zwei integrierten Zulassungen sind dann auf Ende 2005 geblieben, aber auch die Praxis hat viel geholfen, die einander ergänzenden Regelungen zu perfektionisieren.

Selbstverständlich ist, dass diese bedeutenden Änderungen auch in der Literatur des Umweltrechts determinierend geworden sind. Das schon erwähnte Buch über die integrierte Regelung von László Fodor hat etwa das grossartige Unternehmen von Gyula Bándi vorbereitet, das Schreiben des einheitlichen Lehrbuches des Umweltrechts. Das bei dem Osiris Verlag 2002 erschienene Buch unter dem Titel: Umweltrecht ist seitdem jährlich ausgegeben worden und dieses Werk ist für den Unterricht des ungarischen Umweltrechts determinierend geworden. Durch die Verbreitung der Umweltkenntnisse, aber besonders durch das Erscheinen des Umwelt- und Naturschutzlexikons der Ungarischen Wissenschaftlichen Akademie in 2002 mussten sich die juristischen Werke nicht mehr zu ausführlich mit den fachlichen Kenntnissen des Umweltschutzes beschäftigen. Die Literatur hat also den Umweltschutz, als gesellschaftliche Tätigkeit und das Umweltrecht voneinander getrennt. Gyula Bándi hat deswegen in seinem Buch die europäische, die ungarische Regelung, das Institutionssystem und die Rechtsinstitutionen in einer neuen Einheit behandeln können. Er hat als erster die Begrenzungsform des allgemeinen und besonderen Teiles des Umweltrechts benutzt. Seitdem hat diese Aufteilung eigentlich in jeder Juristenbildung an Boden gewonnen.

Die internationale Umweltrechtsliteratur hat vom Anfang an durch das Beispiel der internationalen Gewässer die Gestaltung der anfangs regionalen, später globalen Regelung vorgestellt. Heute ist in dem Juristenhochschulwesen eine natürliche Durch-

gänglichkeit im Unterricht des internationalen, des europäischen und des ungarischen Umweltrechts zustande gekommen.

Die Ausgestaltung des Institutionssystems, und später die Erscheinung der einheitlichen „grünen“ Behörde hat den Überblick der Institutionsstruktur für notwendig gemacht. Dieses ist im Rahmen der Acta-Hefte der Szegediner Universität auch stattgefunden. Das weitere wichtige Element der umweltrechtlichen Literatur ist die Vorstellung der Charakter, beziehungsweise die Unterschiede der europäischen und ungarischen Regelung. Dazu ist das 2006 erschienene Buch von Szilvia Horváth berufen.

Die ungarischen Hochschulwesenswerkstätte der Rechtswissenschaften – durch ihre Selbständigkeit – haben aus nicht ganz gleichen inhaltlichen Elementen das Lehrmaterial der Umwelt- und Naturschutzelemente zusammengestellt. Die starke Bindung des Umweltschutzes und des Naturschutzes zum Agrarium, zu den Fragen des Bodens und des Immobiliens hat natürlicherweise ergeben, dass einige Werkstätte das Umweltrecht mit den agrarrechtlichen Fragen zusammen, aber mindestens im Rahmen eines Lehrstuhles unterrichten. Anderswo ist das Völkerrecht, innerhalb dieses das Recht der Europäischen Union zum Rahmen des Umweltrechts geworden. In der letzten Zeit hat sich der Standpunkt verstärkt, der das Umweltrecht mit dem Zivilrecht, besonders mit den Fragen der rechtlichen Haftung zusammenbindet.

Inhaltlicher- und Akzentunterschied zeigt sich bei der gemeinsamen oder getrennten Behandlung des Katastrophenschutzes, des Verbraucherschutzes, des Wettbewerbsrechtes und der Kenntnisse des Umweltrechtes. Es gibt Hochschulwesenswerkstatt, in der sich diese Fragen innerhalb des Institutionsrahmens zusammenbinden, anderswo wird aber der Themenbereich des Katastrophenschutzes nicht als Teil des Umweltrechtes behandelt. Es ist interessant, dass die umweltrechtlichen Bezüge der Kernenergieanwendung für friedliche Zwecke ähnlich wie am Anfang der 1990er Jahre wieder unterrichtet werden. Nach dem Völkerrecht ist auch im Umweltrecht der Themenbereich des Umweltschutzes des Weltraumes erschienen. Früher war die rechtliche Regelung der Lebensmittelwirtschaft und des Umweltschutzes nur eine enge fachliche Frage oder eben der rechtliche Schutz gegen die Licht- und Wärmeverschmutzung, heute sind aber auch diese Themenbereiche Objekte der Forschung geworden.

Die Umweltrechtsausbildung ist in den 1990er Jahren allgemein geworden. In Szeged ist das ungarische Umweltrecht ab September 1997 in gradualem Studium, ab 2003 auch im postgradualen Studium Pflichtfach geworden. Allgemeine Erfahrung ist, dass sich die Studenten sehr für dieses Fach interessieren. Diese Tendenz wird neben der Aufnahme dieses Faches, durch die wissenschaftliche Studentenarbeit und den Zuwachs der Themenbereiche der umweltrechtlichen Diplomarbeiten verstärkt.

Über die spezielle Umweltjuristenausbildung

Das Umweltrecht hat neben der Juristenausbildung in den letzten Jahrzehnten auch in den naturwissenschaftlichen Fachrichtungen eine Rolle bekommen. Neben den Studenten der Fachrichtung Umweltschutz, Umweltwissenschaft studieren auch die Studenten in der Fachrichtung Lebensmittelhygieniker und Biologie-Umweltschutz, als werdende Pedagogen dieses Fach. In mehreren Ausbildungsformen binden sich der theoretische Unterricht der rechtlichen Regelung mit den praktischen Kenntnissen: an mehreren juristischen Fakultäten nehmen auch praktizierende Umweltjuristen an der Ausbildung teil.

Neben all diesem ist in der Juristenausbildung relativ früh der Anspruch nach den vertiefteren, fachlich ausführlicheren Formen der umweltrechtlichen Ausbildung erschienen. Wie in so vielen anderen umweltrechtlichen Fragen, war auch in dieser die Loránd Eötvös Universität (ELTE) in Budapest die erste. Auf die Initiative von Gyula Bándi hat das Juristenweiterbildungsinstitut der ELTE 1992 mit der ersten Umweltjuristenausbildung in Ungarn angefangen. Diesem wurde bald durch einen ähnlichen Kurs der Katholischen Universität Péter Pázmány gefolgt, dann hat man als erste unter den Juristischen Fakultäten auf dem Lande an der Szegediner Universität mit der Umweltjuristenausbildung begonnen.

Diese drei Umweltjuristenausbildungen – auch wegen dem Rechtsnormenrahmen – laufen unter einem ähnlichen inhaltlichen, fachlichen Rahmen: Eine besondere Bedeutung haben die umweltwissenschaftlichen Fragen, die Zusammenhänge der Ökologie und der Gesellschaftswissenschaften in der Umweltjuristenausbildung. Mit bedeutendem Akzenten werden die folgenden Themenbereiche in der Ausbildung unterrichtet: Völkerrecht, das Umweltrecht der Europäischen Union, die Umweltökonomie und die Haftungslehre. Die Studenten können ausführliche Kenntnisse auf den Gebieten des Zivilrechtes, des Strafrechts und des Verwaltungsrechts, bzw. der mit dem Umweltrecht zusammenhängenden Themenbereichen erlernen. Ergänzend werden Umweltinformationskenntnisse und breite praktische Erfahrungen weitergegeben. In allen 3 Werkstätten wirken die Mitarbeiter, Leiter des Umweltministeriums und praktizierende Juristen mit: Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte erleuchten die Rechtsanwendungsgesichtspunkte des Umweltrechts.

Was bringt die Zukunft?

Aufgrund der Erfahrungen der Umweltrechtsausbildung ist allgemeine Ansicht geworden, dass man vor allem die verwaltungsrechtlichen Kenntnisse und die bürgerrechtlichen Kenntnisse auf die Umwelt zentralisiert miteinander harmonisieren muss. In diesem Augenblick ist es schwer zu sagen, in welche Richtung die Jurabildung, innerhalb dieses die ungarische Umweltrechtsausbildung gehen wird. Es ist aber sicher: das ungarische Umweltrecht kann durch die staatlichen und wirtschaftlichen Aufgaben

wegen der europäischen Integration, den globalen Schutz der Luft, den grenzüberschreitenden Charakter des Umweltschutzes der Gewässer nur im engen Kontakt mit dem europäischen Umweltrecht erfolgreich bleiben.

Es ist offensichtlich, dass die umweltrechtlichen Fragen des Naturschutzes wegen dem Charakter der Wirtschaft von Ungarn, der gesellschaftlichen Bedeutung der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion und auch dem Natura 2000 Programm langfristig bei der Gesetzgebung, der Rechtsanwendung und auch dem juristischen Hochschulwesen eine bedeutende Rolle bekommen. Neben all diesen können sich die umweltrechtlichen Fragen der neuen wissenschaftlichen Forschungsfragen, der Strahlungen, der Gentechnologie an das grundwissenschaftliche Herangehen anknüpfen.

Das Umweltrecht muss auf die noch ungelösten institutionellen und Rechtsanwendungsfragen, Fragen der Umweltverwaltung eine Antwort geben können. Zu erwartend kommt an die Tagesordnung die Regelung der verfahrensrechtlichen und behördlichen Fragen der Umweltschutz- und Naturschutzordnungswidrigkeiten. Zwei Ansichten kämpfen miteinander: die eine würde die Befugnisse zur allgemeinen Verwaltungsstrafbehörde ordnen, die andere würde beide Aufgaben zu den 2005 zustande gekommenen nach den Regionen eingeteilten „grünen“ Behörden ordnen.

Die Entwicklung der Institutionen ist nicht mehr innerhalb eines Ministeriums zu lösen. Die 2006 zustandegekommene neue Regierungsstruktur, die sich langsam entfaltende Verwaltungsreform haben unverändert bis jetzt die Ministeriumsinteressenkreise unberührt gelassen. In der Zukunft muss es überprüft werden, ob es begründet ist. Es wäre zweckmäßig, auf Regierungsebene die regionalen Fachverwaltungsaufgaben zu harmonisieren und die jetzigen Überdeckungen in der Verwaltung der Sachgebiete für den Umweltschutz, Wasserschutz, Bodenschutz, die Geologie und die Sicherheitstechnik zu vermeiden. Das Umweltrecht, das Recht im allgemeinen müsste sich über das Labyrinth der zergliederten Zweiginteressen erheben. Das wird nicht nur durch die Modernisierung der Verwaltung begründet, sondern auch selbst durch den einen Grundgedanken der rechtlichen Regelung des Umweltschutzes und des Naturschutzes. Der Umweltschutz ist die gemeinsame Schicksalsfrage der Gesellschaft und der Welt. Darauf leuchtet auch Nikolaus Sojka in seinem Werk „Umweltschutz und Umweltrecht“, wo er schreibt: „Das Desinteressement oder sogar die Engstirnigkeit sind auf keinen Fall anzunehmen.“ (Nikolaus SOJKA: Környezetvédelem és környezeti jog JATEPRESS, Szeged 1997. 79. p.)

Die Gedanken des ausgezeichneten Wissenschaftlers, berühmten und beliebten Lehrers und praktizierenden Juristen sind auch für das ungarische Umweltrecht und seine Hochschulwesenspraxis gültig.

SZILVIA HORVÁTH

DIE ENTSTEHUNG UND DIE THEORIE DES
EMISSIONSHANDELS,
ALS EINES NEUEN INSTRUMENTS DER
UMWELTPOLITIK DER EU

Einführung

In den letzten Jahren sind neue Instrumente in der europäischen Umweltpolitik erschienen, die zur Ökonomisierung des Umweltrechts und dadurch der Verwaltungswissenschaft führen können, indem diese neuen Umweltinstrumente zur Verwirklichung der regulativen Gemeinwohlziele durch Marktprozesse beitragen. In diesem Aufsatz möchte ich diese neue Erscheinung bei dem Klimawandel und dem Schutz gegen den Klimawandel bei der Anwendung eines neuen europäischen Mittels – des Emissionshandels – vorstellen¹.

Durch die industrielle Tätigkeit der Menschheit hat sich die Zusammensetzung der Atmosphäre wesentlich verändert. Der natürliche Treibhauseffekt der Erde hat sich durch die umweltbelastenden Tätigkeiten der Menschheit verstärkt, was zur Aufwärmung der Erde und zum globalen Klimawandel führt und weiterhin stärker führen kann. Die ersten Wirkungen dieser prognostisierten Erscheinungen sind schon heute zu spüren: die enormen Überschwemmungen der Flüsse, die grosse Hitze, die extremen Wetterbedingungen sind grösstenteils alle darauf zurückzuführen. Um die Fortsetzung dieser schädlichen Wirkungen zu vermeiden, braucht die Menschheit zusammen aufzutreten, da diese globalen Erscheinungen jede Staatsgrenze überschreiten. Die grösste Ursache des verstärkten Treibhauseffektes sind die Treibhausgase, welche vor allem durch den Energiesektor emittiert werden.

Da 60% der Treibhausgase in der Atmosphäre Kohlendioxid (CO₂) ist, verursacht er unter den Treibhausgasen die meisten Probleme. Er kann nämlich in etwa 100 km Höhe erst nach ca. 100 Jahren durch die kosmische Strahlung aufgebrochen werden. In dieser Zeit kann sich das CO₂ weltweit durchmischen, deswegen ist es für den globalen

¹ BECKER, Florian: Ökonomisierung und Globalisierung des Europäischen Umweltrechts: Die Richtlinie zum Handel mit Emissionszertifikaten EuR 2004/6, pp. 857–878.

Klimawandel egal, wo CO₂ in der Welt emittiert wird, die späteren Wirkungen können in der ganzen Welt gespürt werden, deshalb wird CO₂ als global wirkender Stoff betrachtet. Im Gegenteil zu anderen Schadstoffen sind bei CO₂ die s.g. „hot spots“² nicht problematisch. Diese Tatsache beweist, dass die isolierten nationalen Reduktionsziele für nicht ausreichend gehalten werden. Die internationale Zusammenarbeit ist besonders deswegen auf diesem Gebiet heute schon unentbehrlich.

Rahmenübereinkommen über die Klimaänderungen

Um die CO₂-Emissionen zu vermeiden, bzw. zu reduzieren, gibt es mehrere Möglichkeiten: durch Brennstoffsubstitutionen, Änderung des Wirkungsgrades der Energieerzeugung, Energieeinsparung und nicht zuletzt durch Einrichtung von CO₂-Senken.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC-United Nations Framework Convention on Climate Change³), als die erste internationale Maßnahme für die Bekämpfung gegen den Klimawandel, wurde im Mai 1992 angenommen und trat im März 1994 in Kraft. Die Europäische Gemeinschaft hat das Rahmenübereinkommen am 15. Dezember 1993 mit dem Beschluss vom Rat 94/69/EG⁴ ratifiziert. Nach diesem Übereinkommen sind alle Unterzeichnerstaaten verpflichtet, nationale Programme zur Verringerung der Treibhausgasemissionen auszuarbeiten und regelmäßige Berichte vorzulegen; ferner wurde darin gefordert, dass die Unterzeichnerstaaten aus den Industrieländern⁵ im Gegensatz zu den Entwicklungsländern ihre Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2000 auf dem Niveau von 1990 stabilisieren. Dieses Ziel war jedoch nicht verbindlich.

Durch die Differenzierung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern anerkennt das Übereinkommen über Klimaänderungen, dass die Industrieländer für den Großteil der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich sind und auch über die institutionellen und finanziellen Kapazitäten für deren Verringerung verfügen. Die Vertragsparteien kommen jährlich zu einer Sitzung zusammen, um die Fortschritte zu überprüfen und weitere Maßnahmen zu erörtern; es wurden eine Reihe von weltweiten Überwachungs- und Berichtsmechanismen festgelegt, um die Entwicklung der Treibhausgasemissionen zu verfolgen.

² Belastungsschwerpunkte

³ Umfassende Informationen zum UNFCCC und dem Protokoll von Kyoto können unter folgender Internet Adresse abgerufen werden: <http://unfccc.int>

⁴ Beschluss des Rates vom 15. Dezember 1993 über den Abschluß des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen AB L 146, 11.6.1994, p. 27.

⁵ Das Übereinkommen über die Klimaänderungen teilt die Länder in zwei Hauptgruppen: Industrieländer (Anhang-I-Länder) und die übrigen Nicht-Anhang-I-Länder. Zu den Anhang-I-Ländern gehören die 24 relativ wohlhabenden Industrieländer, die 1992 Mitglieder der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) waren, die 15 Mitgliedstaaten der EU und 11 Schwellenländer, einschließlich Russland.

Das Kyotoer Protokoll

Bereits 1994 ist anerkannt worden, dass die ursprünglichen Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens über Klimaänderungen nicht ausreichen würden, um den weltweiten Anstieg der Treibhausgasemissionen zu stoppen. Am 11. Dezember 1997 gingen die Regierungen einen Schritt weiter und nahmen in der japanischen Stadt Kyoto ein Protokoll zum Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen an, das auf dem UNFCCC-Übereinkommen aufbaut, legt rechtlich verbindliche Grenzen für die Treibhausgasemissionen in den Industrieländern fest und sieht innovative, marktwirtschaftliche Umsetzungsmechanismen vor, durch die die Kosten der Emissionsreduzierung niedrig gehalten werden sollen.

Nach dem Protokoll von Kyoto müssen Industrieländer während des ersten „Verpflichtungszeitraums“, von 2008-2012 die Emissionen von sechs Treibhausgasen [Kohlendioxid (CO_2), Methan (CH_4), Distickstoffoxid (N_2O), Teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW/HFC), Perfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKW/PFC), Schwefelhexafluorid (SF_6)] im Durchschnitt um 5,2 % unter die Werte von 1990 senken. Dieses sollte vor allem durch nationale Massnahmen erreicht werden und als „supplementary“ durch die vom Kyotoer Protokoll festgestellten drei flexiblen Mechanismen, die im weiteren behandelt werden. Für die Entwicklungsländer gibt es aber keine Emissionsreduzierungsziele.

Man hat sich für einen fünfjährigen Verpflichtungszeitraum statt für ein einziges Zieljahr entschieden, um jährliche Emissionsschwankungen auszugleichen, die auf unkontrollierbare Faktoren wie das Wetter zurückgehen.

Das Protokoll von Kyoto wurde also im Dezember 1997 von der 3. Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) angenommen. Seine Bedeutung ergibt sich daraus, daß in ihm für die Treibhausgasemissionen der Industriestaaten Grenzwerte festgelegt worden sind. Die Europäische Gemeinschaft gehört zu den 39 Vertragsparteien⁶, die einem absoluten Grenzwert für Emissionen zugestimmt haben und darf somit am internationalen Handel mit Emissionen nach dem Protokoll teilnehmen.

Nach der Annahme des Protokolls von Kyoto gingen die Verhandlungen über die Details der darin vorgesehenen Mechanismen und über die Umsetzungsregeln weiter. Die abschließenden Verhandlungen gingen mit den Beschlüssen von Marrakesch 2001 zu Ende. Insbesondere nach dem Rückzug der USA kam der EU eine bedeutende Rolle zu, die Verhandlungen über das Protokoll von Kyoto zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

⁶Die Vertragsparteien sind in Anlage B des Protokolls von Kyoto aufgeführt.

Dank der Ratifizierung des Protokolls am 17. November 2004 durch Russland ist das Protokoll am 16. Februar 2005 in Kraft getreten, wodurch auch seine Verpflichtungen rechtlich verbindlich geworden sind. Die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 36,1 % der globalen Gesamtemissionen hat das Protokoll bis heute noch nicht ratifiziert.

Die „Lastenteilungsvereinbarung“⁷

Gemäß dem Artikel 4 des Protokolls von Kyoto kann die EU ihre Reduktionsziele unter den Mitgliedstaaten unter der Voraussetzung aufteilen, daß die Gesamtreduktionsmenge für die Europäische Gemeinschaft mindestens 8 % erreicht. Eine politische Einigung über diese weitere Aufteilung wurde im Juni 1998 erzielt und wird als „interne Lastenteilungsvereinbarung“⁸ (durch Einrichtung eines „bubbles“) bezeichnet. Bei Ratifizierung des Protokolls durch die Europäische Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten mussten die weiter aufgeteilten Zielmengen dem Sekretariat des Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen offiziell mitgeteilt werden. Die „Lastenteilungsvereinbarung“ engt allerdings die Anwendung der „flexiblen Mechanismen“ des Protokolls von Kyoto durch die Mitgliedstaaten oder durch die Europäische Gemeinschaft nicht ein.

Die Europäische Gemeinschaft hat also das Kyotoer Protokoll unter den oben genannten Umständen durch die Entscheidung 2002/358/EG des Rates vom 25. April 2002 über die Genehmigung des Protokolls von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen im Namen der Europäischen Gemeinschaft sowie die gemeinsame Erfüllung der daraus erwachsenden Verpflichtungen⁹ ratifiziert.

Es ist hervorzuheben, dass alle im Kyotoer Protokoll erwähnte Massnahmen, wie die drei flexiblen Mechanismen nur als „supplementary“ zu den eigenen nationalen Reduktionsleistungen zu betrachten sind. Dieses soll das „hot air trading“ verhindern, was dadurch hätte entstehen können, dass in den ehemaligen Ostblockländern in den 90er Jahren durch die von der politischen Wende ausgelösten wirtschaftlichen Änderungen die industrielle Produktion und dadurch die Schadstoffemissionen stark zurückgegangen sind. Wenn diese Daten, als Ausgangsdaten betrachtet worden wären, hätte es zu Umwälzungen geführt, welche von der EU stark befürchtet waren¹⁰.

⁷ Burden Sharing Agreement

⁸ Die maßgeblichen Anteile je Mitgliedstaat sind im Anhang 1 zu KOM(1999)230 endg. vom 19.05.1999 aufgeführt.

⁹ AB L 130, 15.5.2002, pp. 1–3.

¹⁰ Siehe: L. Krämer: in H. W. Rengeling (Hrsg.) Klimaschutz durch Emissionshandel, 2001

Die drei Mechanismen des Kyotoer Protokolls

Das Protokoll führte zudem *drei neue internationale marktwirtschaftliche Mechanismen*¹¹ ein, die als „flexible Mechanismen“ bzw. „Kyoto-Mechanismen“ bezeichnet werden und wesentliche Bestandteile des Protokolls darstellen. Diese sind: der Emissionshandel, die gemeinsame Umsetzung und der Mechanismus für die umweltverträgliche Entwicklung. Das Ziel ist die kostengünstige Umsetzung des Protokolls. Einer dieser Mechanismen: der Emissionshandel besteht darin, daß es ab dem Jahre 2008 möglich sein soll, auf internationalem Ebene mit Treibhausgasemissionen („Handel mit Emissionen“) zu handeln.¹²

Nach der Mitteilung der Europäischen Kommission vom Mai 1999¹³ nahmen die Kohlendioxidemissionen dermaßen zu, dass es den Bedarf an „nachhaltigen politischen Maßnahmen“ hervorhob und wenn diese Tendenz „ohne weitergehende Maßnahmen bedeuten würde, daß die Forderung nach ‚nachweisbaren Fortschritten‘ bis 2005 gemäß Artikel 3 Absatz 2 des Protokolls von Kyoto und die EU-Verpflichtung zu einer Reduzierung um 8 % nicht erfüllt werden“. Deswegen hat sich die Europäische Gemeinschaft für die Einführung des Emissionshandels auf gemeinschaftlicher Ebene noch vor dem Beginn des internationalen Emissionshandels entschieden.

Die Instrumente der Umweltökonomie

Die Idee und das theoretische Gerüst der Umsetzung des Emissionshandels sind nicht neulich erfundene Instrumente. Beide wurden schon 1968 von einem kanadischen Ökonomen John H. Dales in seinem Buch „Pollution, Property and Prices“¹⁴ ausgearbeitet. Die Umweltökonomie kennt noch zwei weitere Instrumente zur politischen Intervention zur Internalisierung externer Effekte, wie die Schadstoffemissionen: *die ordnungsrechtlichen Vorschriften* und die *Abgabenlösungen*.

Die ordnungsrechtliche Vorschriften schreiben Obergrenzen vor, bei deren Überschreitung Sanktionen anzuwenden sind. Diese Obergrenzen greifen bei unterschiedlichen Grenzvermeidungskosten der einzelnen Emittenten. Obwohl das Normasignal für alle das gleiche ist, differieren die Anstrengungen zur Erreichung des Normzieles. Der andere Nachteil der ordnungspolitischen Instrumente ist, dass diese kein zuvor quantifiziertes

¹¹ Clean Development Mechanism (CDM), Joint Implementation (JI), Emissions Trading System (ETS)

¹² Die beiden anderen Mechanismen – Joint Implementation (gemeinsame Erfüllung von Verpflichtungen) und Clean Development Mechanism (Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung) – ermöglichen die Übertragung von Emissionsreduktionseinheiten, die bei Vorhaben zur Emissionsminderung in anderen Ländern erworben wurden.

¹³ KOM(1999) 230 endg. vom 19.05.1999

¹⁴ „Verschmutzung, Eigentum und Preise“

Ergebnis für die Umwelt gewährleisten können, da die Anzahl der neuen Anlagen viel grösser sein kann, als es vorgesehen war, auch dann, wenn alle die besten technischen Normen erfüllen.

Die Umweltabgaben, als Preislösungen werden vom Gesetzgeber festgestellt, wie es zur Erreichung des Ökzieles nötig ist. Um dieses Ziel zu sichern, müssen aber ständige Änderungen getroffen werden, welche zu hohen administrativen Kosten und auch möglicherweise zu Fehlinvestitionen der Unternehmen bei Vermeidungsaktivitäten führen können. Die Individuen vermeiden nämlich ihre schädigende Aktivität, bis ihre Grenzvermeidungskosten dem Steuersatz entsprechen. Die Emittenten mit niedrigeren Grenzvermeidungskosten vermeiden mehr Emissionen, als jene mit hohen. Während das Normsignal unterschiedlich ist, sind hingegen die individuellen Vermeidungsanstrengungen identisch und die Gesamtemissionsmenge ist erst „ex post“ bestimmbar.

Gegenüber den zwei vorhin erwähnten umweltökonomischen Instrumenten ist bei dem Emissionshandel die jährliche Obergrenze von CO₂ nicht zu überschreiten, was eine Voraussetzung für die ökologische Sicherheit des Zertifikatsmodells ist. Allerlei Veränderungen (so wie Marktein- und Austritte, neue Technologien oder Produktionen, Produkte, Nachfrageschwankungen oder wirtschaftliches Wachstum) nur auf den Zertifikatspreis eine Wirkung ausüben, die Gesamtemissionsmenge bleibt weiterhin konstant. Der Staat kann jederzeit die Gesamtemissionsmenge durch Rückkauf, Stilllegung oder Abwertung von Zertifikaten ändern. Die Emissionsminderungen werden dort stattfinden, wo es am wenigstens kostet, die Unternehmen vergleichen bloss ihre Vermeidungskosten mit dem Preis des Zertifikaten. Wenn die Minderungskosten niedriger sind, als die vom Zertifikaten, so wird das Unternehmen lieber Emissionsvermeidungen verwirklichen und die dadurch frei gewordenen Zertifikate auf dem Markt der Zertifikate verkaufen. Das Unternehmen betreibt diese Methode solange, bis es das Emissionsniveau erreicht, bei dem die Grenzvermeidungskosten mit dem Marktpreis gleich sind. Die Unternehmen mit niedrigen Vermeidungskosten werden freie Zertifikate anbieten, die Unternehmen mit hohen Kosten werden diese kaufen. Das grösste Ergebnis dieses Modells, dass es beiden Unternehmen geringere Kosten verursacht, ohne dass es für die Umwelt von Nachteil wäre.

Unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben auch einige das Instrument des Emissionshandels auf nationaler Ebene schon angewandt: Dänemark, Grossbritannien und die Niederlande. Die ersten Erfahrungen mit dem Handel wurden aber jedoch ausserhalb von Europa in den Vereinigten Staaten gemacht.

Das europäische Emissionshandelssystem

Mit der Richtlinie 2003/87/EG¹⁵ (im weiteren: Richtlinie), die vom Europäischen Parlament am 2. Juli 2003 und vom Rat am 22. Juli 2003 gebilligt wurde, wurde ein ge-

¹⁵ ABl. L 275 vom 25.10.2003, S. 32.

meinschaftsweites System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten geschaffen, das ab dem 1. Januar 2005 gilt.

Das System beruht auf sechs Grundprinzipien:

1. Es handelt sich um ein „cap and trade“-System.
2. Der Schwerpunkt liegt zu Anfang auf großen industriellen CO₂-Emittenten.
3. Die Umsetzung findet in Phasen mit regelmäßigen Überprüfungen statt, und es bestehen Möglichkeiten der Erweiterung auf andere Gase und Sektoren.
4. Zuteilungspläne für Emissionszertifikate werden phasenweise beschlossen.
5. Das System enthält wirksame Bestimmungen, um die Einhaltung sicherzustellen.
6. Der Markt ist EU-weit, nutzt jedoch über die Mechanismen CDM und JI Emissionsverringermöglichkeiten in der übrigen Welt, und darüber hinaus besteht die Möglichkeit, das EHS mit kompatiblen Systemen in Drittländern zu verknüpfen.

Das „Cap-and-trade“-System bedeutet, dass die Zertifikate in der ersten Verpflichtungsperiode (2005–2007) nur an große industrielle Emittenten der Strom- und Wärmeerzeugung sowie der ausgewählten energieintensiven Industriesektoren zugeteilt werden. Die Höhe der Produktionskapazität bzw. der Produktion bestimmt, welche Anlagen dieser Sektoren in das System aufgenommen worden sind. Gemäß des Artikels 3 Punkt a) der Richtlinie berechtigt ein „Zertifikat“ zur Emission von einer Tonne Kohlendioxid-äquivalent in einem bestimmten Zeitraum. Dieses Zertifikat kann aufgrund der Vorschriften der Richtlinie auch übertragen werden. Nach der Zuteilung der Zertifikate können die Unternehmen mit diesen Zertifikaten handeln. Für die Phase der Zuteilung werden die Elemente des öffentlichen Rechts angewandt, weil der Staat die Aufgabe hat, diese Zertifikate zu verteilen, in der zweiten Phase sind die Elemente des Privatrechts dominierend, weil die Akteure des Marktes die Zertifikate untereinander verkaufen und voneinander erwerben können. Nach jedem Kalenderjahr müssen die Anlagen ihre Emissionen von Kohlendioxid entsprechende Menge von Zertifikaten abgeben. Diese abgegebenen Zertifikate werden dann gelöscht, so können sie nicht wieder verwendet werden. Die Anlagen, die freie Zertifikate übrig haben, können diese verkaufen oder für das nächste Jahr (innerhalb der gleichen Verpflichtungsperiode/Handlungsperiode) wieder verwenden. Diejenigen, die nicht genügend Zertifikate abgeben konnten, um ihre Emissionen zu decken, müssen für jede durch Zertifikate nicht gedeckte Tonne von Kohlendioxid-äquivalent Strafe bezahlen. In der Anlaufphase beträgt die Geldstrafe 40 EUR je Tonne, ab 2008 wird sie auf 100 EUR steigen. Die Betreiber müssen ferner genügend Zertifikate erwerben, um das Defizit im folgenden Jahr auszugleichen. Außerdem werden die Namen dieser Unternehmen veröffentlicht. Die Mitgliedstaaten mussten außerdem ausreichend abschreckende Geldstrafen für die Nichteinhaltung der EHS-Vorschriften auf nationaler Ebene festlegen.

Die Richtlinie unterscheidet zwei Handlungsperioden, die erste ist von 2005 bis 2007, die zweite ist von 2008 bis 2012. Während der ersten Handlungsperiode werden nur die Kohlendioxid-Emissionen aus bestimmten Sektoren in dieses System einbezo-

gen. Wie schon erwähnt wurde, ist das Kohlendioxid nicht das einzige Treibhausgas, aber dieses Gas ist für den schädlichen Treibhausgaseffekt und den Klimawandel am meisten verantwortlich. Im weiteren sind die Emissionen dieses Treibhausgases einfacher zu beobachten und überprüfen, als diejenigen von den anderen Treibhausgasen. Die Europäische Gemeinschaft hat die Absicht, in der Zukunft das System auch auf die weiteren Treibhausgase oder/und Sektore zu erweitern.

Nationaler Zuteilungsplan

Für das Handelssystem ist der nationale Zuteilungsplan der Ausgangspunkt, dieser bestimmt die Gesamtmenge der Kohlendioxid-Emissionen, die die Mitgliedsstaaten den Unternehmen zuteilen. Diese können von den Unternehmen verkauft oder gekauft werden. Das heisst: jeder Mitgliedstaat muss die Gesamtemissionsmenge des Kohlendioxids vorher feststellen, aufgrund dessen die Zertifikate zugeteilt werden. Den größten Teil der Zertifikate erhalten die Anlagen kostenlos – in der Anlaufphase mindestens 95 %, in der zweiten Phase (2008–2012) mindestens 90 %. Zertifikate werden ausschließlich den unter das System fallenden Anlagen zugeteilt. Doch genauso wie die Unternehmen können auch andere – Einzelpersonen, Institutionen, Nichtregierungsorganisationen u. a. – Zertifikate auf dem Markt kaufen und verkaufen. Der Zuteilungsplan muss von der Europäischen Kommission bewertet werden. Deswegen hat die Kommission Leitlinien für die Anwendung der Vorschriften für die Zuteilungspläne veröffentlicht. Sie bewertet die nationalen Zuteilungspläne anhand dieser Vorgaben und der sich auf staatliche Beihilfen und Wettbewerb beziehenden EU-Vorschriften. Sie kann Änderungen eines Zuteilungsplans verlangen oder ihn sogar ganz ablehnen. Nachdem sie einen Plan genehmigt hat, darf die Gesamtmenge der Zertifikate nicht mehr geändert werden. Die einer Anlage zugeteilte Menge darf nicht mehr geändert werden, nachdem der Mitgliedstaat die endgültige Zuteilung vorgenommen hat.

Einer der heiklesten Punkte des Systems ist, ob der Zuteilungsplan mit dem gemeinschaftlichen Wettbewerbsrecht harmonisiert oder nicht? Kann ein Mitgliedsstaat die Zertifikate den Emittenten zuteilen, ohne dass er welche bevorzugt oder benachteiligt? Unter den Kriterien des Anhangs III der Richtlinie sind auch Kriterien, die die Diskriminierung unter den verschiedenen Unternehmen und Sektoren vermeiden und dadurch die gemeinschaftlichen Regelungen des Wettbewerbs und der staatlichen Beihilfen zur Geltung bringen.

Überwachung und Meldung der Emissionen¹⁶

Eine andere kritische Frage des Systems ist die Überwachung und die Meldung der Emissionen, weil ohne diese das System nicht funktionieren könnte.

¹⁶ Artikel 14 der Richtlinie

Jede Anlage im System muss über eine Genehmigung der zuständigen Behörde für den Ausstoß aller sechs im Rahmen des Kyoto-Protokolls geregelten Gase verfügen. Um eine Genehmigung erhalten zu können, muss der Betreiber in der Lage sein, die Emissionen seiner Anlage zu überwachen und zu melden. Eine Genehmigung unterscheidet sich dadurch von den Zertifikaten, dass darin die Überwachungs- und Meldevorschriften für eine Anlage niedergelegt sind, während es sich bei Zertifikaten um die Handelsware im System handelt. Die Anlagen müssen ihre CO₂-Emissionen nach Ablauf jedes Kalenderjahres melden. Die Europäische Kommission hat für die Überwachung und Meldung einzuhaltenden Leitlinien veröffentlicht. Diese Berichte der Anlagen müssen von einer unabhängigen Prüfinstanz auf der Grundlage der in den EHS-Vorschriften niedergelegten Kriterien überprüft werden und werden veröffentlicht. Betreiber, deren Emissionsberichte für das vergangene Jahr bei der Überprüfung nicht als zufrieden stellend eingestuft werden, können keine Zertifikate verkaufen, solange sie ihren Bericht nicht überarbeiten und die vorgeschriebene Genehmigung erhalten.

Transaktionsregister¹⁷

Die Zertifikate werden nicht in Papierform ausgegeben, sondern in elektronischen Registern auf Konten verbucht. Es wurde auf der Grundlage von Datenaustauschnormen der Vereinten Nationen Vorschriften für ein standardisiertes und sicheres System von Registern erlassen, in dem Vergabe, Besitz, Übertragung und Löschung von Zertifikaten verbucht werden. Das Registrierungssystem ist von der Handlungsaktivität zu unterscheiden, da nicht alle Transaktionen auch Eigentümerwechsel mit sich bringen. Auf dieser Weise ähnelt das Registrierungssystem einem Banksystem, das den Besitz von Geld in Konten erfasst, sich aber nicht mit den Geschäften beschäftigt, die dazu führen, dass das Geld den Besitzer wechselt.

Dem Handel ist also elektronisch zu folgen, so braucht jeder Akteur des Handels ein online Regiesterkonto. Jedes Unternehmen, das unter das System fällt, jede Person, die am Handel mit den Zertifikaten interessiert ist, braucht ein Konto. Das Registrierungssystem wird auf EU-Ebene von einem Zentralverwalter kontrolliert, der alle Transaktionen mittels einer unabhängigen Transaktionsprotokollereinrichtung auf Unregelmäßigkeiten prüft. Wird eine Unregelmäßigkeit entdeckt, kann das jeweilige Transaktionsprotokoll erst abgeschlossen werden, wenn diese behoben ist. Das EU-Registrierungssystem wird an das internationale Registrierungssystem angeschlossen, das im Rahmen des Kyoto-Protokolls errichtet wird.

¹⁷ Artikel 19 der Richtlinie 2003/87/EG

Schlussfolgerungen

Inwieweit dieses neue Instrument die Hoffnungen erfüllen wird und dadurch den weiteren schweren Klimawandel verhindern kann, können wir heute noch nicht genau sagen. Eins ist aber sicher, etwas muss unternommen werden, wenn es kein Emissionshandel gewesen wäre, hätte die Europäische Union gegenüber dem schädlichen Treibhauseffekt, der von den in größeren Mengen emittierten Treibhausgasen verursacht wird, etwas anderes einleiten sollen.

Wir sollen die ersten Erfahrungen nach der abgeschlossenen ersten Periode abwarten und dann die nötigen Konklusionen abziehen, um einen anderen Weg oder den gleichen aber vielleicht teilweise verbesserten Weg zu gehen und auf internationalem Ebene das auf EU-Ebene eingeführte System weiter zu adaptieren, wie es schon im Kyoto-Protokoll vorgeschrieben wurde.

ERIKA FARKAS CSAMANGÓ

DIE REGELUNG DES TIERSCHUTZES IN UNGARN

Der Tierschutz umfasst die Gesamtheit aller menschlichen Tätigkeiten, die die Tiere gegen äussere Gefahrquellen schützen. Der Begriff beinhaltet, unter anderem: den Naturschutz, den Schutz des Artenreichtums und des Lebensraumes. Dazu gehört auch die Tierhygiene, um die Tierkrankheiten und Epidemie vorzubeugen. Dazu gehört im weiteren der Bestandschutz vor wildlebenden Tieren, Fischen und der Artenschutz. Die Geschichte des Tierschutzes ist mit der Domestikation gleichalterig, da die Haltung domestizierter Tiere auch eine bestimmte Schutz Tätigkeit umfasst. Das letzte Jahrhundert hat unserer natürlichen Umgebung und der lebenden Welt grosse Schäden angerichtet. Die Menschheit hat mehr als 350 Tierarten – davon die Mehrheit neulich – ausgerottet, und 9 neue Tierarten werden bald das gleiche Schicksal erleben (z.B. Berggorilla, Panda und blauer Wal). Zahllose andere Arten sind wegen Jagd, Verschmutzung und Verwüstung der lebenden Welt gefährdet. Das ist lieber die Krankheit unserer „Zivilisation“, weil die Sammlung von Fell und Trophäen eine Mode ist.

Die Wissenschaftler haben daher die Öffentlichkeit angesprochen. Die ersten Initiativen sind am Anfang des 19. Jahrhunderts geboren (z.B. Waldjagdabkommen in den 30er Jahren). Die Jagd von gefährdeten Arten wurde dadurch verboten. Mehrere internationale Abkommen wurden im Rahmen des Tierschutzes abgeschlossen (z.B. das CITES-Abkommen, Berner, Bonner, Ramsarer Abkommen, das Abkommen über die biologische Vielfalt, usw.).

In Ungarn spielen der Ackerbau und die Tierzucht noch immer eine grosse Rolle. Die ersten Tierschutzregelungen sind im 18. Jahrhundert entstanden. Im Artikel 22 der Deklaration von Karl III, („Die Regelung von Jagd und Vogelfang“) hat im Jahre 1729 das erste Mal den menschlichen Eingriff im Interesse der Aufbewahrung und des Zuwachses von wildlebenden Tieren eingeschränkt. Die zweite Konferenz über den Vogelschutz in Budapest hatte eine grosse Rolle in der Regelung des Vogelschutzes gespielt. Otto Herman hat 1901 in seinem Aufsatz über Vogelschutz die geschützten Vögel definiert. Er hat später ein ornithologisches Zentrum in Ungarn gegründet. Albert Apponyi war der Ministerpräsident, als der Tag der Vögel und Bäumen eingeleitet wurde. Seit 1906 wird dieser Tag jedes Jahr am 10. Mai gefeiert.

Ungarn war der letzte Staat in Mitteleuropa, der ein Gesetz über den Tierschutz verabschiedet hat. Vor diesem Gesetz hat das Zivil- und das Verwaltungsrecht geholfen, unberechtigte Schmerzen gegen Tiere vorzubeugen und abzuwenden.

Für die Regelung des Tierschutzes hat das Gesetz LIII vom Jahre 1995 über die allgemeinen Regeln des Umweltschutzes den ersten Schritt gegeben. Dieses Gesetz widmet der Frage des Tierschutzes aber keine grosse Bedeutung. In der Präambel steht aber, dass Arten wegen der menschlichen Tätigkeiten aussterben. Das ist ein direkter Hinweis auf den Artenreichtum, der ein Teil des Tierschutzes ist. Der sachliche Geltungsbereich des Gesetzes umfasst die Organismen und die Lebensgemeinschaften. Der Tierschutz erscheint direkterweise nicht, nur der Schutz der lebenden Welt, der indirekterweise sowohl den Schutz der Pflanzen, der Tiere, als auch diesen der Umweltelemente (Boden, Wasser, Luft) beinhaltet.

Das Gesetz LIII vom Jahre 1996 über den Naturschutz hat auch Bestimmungen über den Tierschutz. Dieses Gesetz vertritt aber nur die Arten, die in der Natur leben und einen rechtlichen Schutz benötigen, da das wichtigste Ziel des Naturschutzes nicht die Vertretung jedes Tieres, sondern die Erhaltung des Artenreichtums ist. Der Schutz richtet also auf Tierarten und nicht auf die einzelnen Tiere. So schützt das Naturschutzgesetz nur die Tierarten, deren Weiterbestehen von der Naturumbildung der Menschen gefährdet ist. Nutzvieh, Laboratoriumtiere, zum Sport, zur Vergnügung und zur wissenschaftlichen Zwecken benutzte Tierarten sind in den prinzipiellen Rahmen des Naturschutzes nicht einzufügen.

Ein wichtiger Teil des Tierschutzes ist *der Gesundheitsschutz von Tieren*. Die gesundheitlichen Bestimmungen sind im Gesetz XCI vom Jahre 1995 geregelt. Die ausenwirtschaftlichen Interessen benötigen auch die Herstellung ausgezeichneter Viehprodukte, weil die ungarischen Landwirten nur solche Produkte im Ausland verkaufen können, die alle Bedürfnisse der Kunden befriedigen. Der Staat wollte auch die Exporttätigkeit unterstützen, als er das Gesetz über den Gesundheitsschutz der Tiere im Einklang mit den Vorschriften der EU verabschiedet hat.

Der Artenschutz ist das jüngste Gebiet des Tierschutzes. Der rechtliche Hintergrund ist das Gesetz XXVIII vom Jahre 1998 über den Tierschutz. Die Verabschiedung dieses Gesetzes ist größtenteils dem Otto Herman Tier- und Naturschutzverein zu verdanken. „Das Ziel des Gesetzes ist, den Schutz der Tierarten zu fördern, das Verantwortungsgefühl der Menschen für eine schonungsvolle Behandlung der Tiere zu erhöhen und die grundsätzlichen Regeln des Tierschutzes zu bestimmen.“

Das Gesetz schreibt den Tiereigentümern Verpflichtungen vor, um den Tieren adäquaten Lebensbedingungen zu sichern. Jeder Tiereigentümer soll daher besorgt vorbeigehen, also auf die Art, das Alter, das Geschlecht und den biologischen Zustand der Tiere Rücksicht nehmen. Mehrere Millionen Tiere fallen jährlich zum Opfer der Medizin in der Welt. Gesunde Tiere werden Leiden und Angst ausgesetzt, das Tod bedeutet

eine wirkliche Erlösung für sie. Bis zum Ende der 1990-er Jahre gab es keine konkrete Regelung über die Tierversuche, die beruhigende Lösung fehlt noch immer.

Die EU regelt die Tierversuche in der Richtlinie 609/1986/EWG zur Annäherung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere. Diese Richtlinie bestimmt den Begriff der Tierversuche und die Regeln ihrer Haltung und ihrer Pflege. Nach diesen darf man nur mit einer entsprechenden Ausbildung und Zulassung Tierversuche durchführen. Die Verwendung lebendiger Tiere ist nur dann erstattet, wenn es keine alternativen Lösungen gibt (für die Ausarbeitung sind die Mitgliedstaaten verantwortlich). Zu den Versuchen können aber nur Urtiere und nur in der geringsten Anzahl verwendet werden.

Das Ziel der Regelung ist, die Tierversuche auf ein Mindestmaß zu beschränken, wobei der wissenschaftliche Bedarf ethisch bewiesen werden muss. Es ist nicht erlaubt, Tierversuche für die Erzeugung und Probe von Genussmitteln durchzuführen. Die Versuche, die keine Gesundheitszwecke dienen, sind verboten. Während der Versuche müssen unnötige Schmerzen und Leiden erspart bleiben. Die Zucht, die Haltung und das Handeln von Versuchstieren sind nur mit der Zulassung der Veterinärbehörde gestattet. Seit 1. Januar 2004 können domestizierte Wandertiere für diesen Zweck nicht verwendet werden. Tierversuche mit Menschenaffen und Tierarten, die unter dem nationalen Naturschutz oder internationalen Naturschutzabkommen stehen, sind verboten.

Aus der Hinsicht des Tierschutzes ist es sehr wichtig, welche Tätigkeiten nicht erlaubt werden:

- Die Tiere darf man nur aus Gesundheitsgründen hungern lassen. Das Verbot bezieht sich auf häusliche oder von Behörden zugelassenes Stopfen von Gänsen und Enten nicht. Diese Regelung betrachtet die materiellen Interessen der Viehzüchter. Der Tierschutz steht hier nur nach den wirtschaftlichen Interessen.
- Die Bewegung, die Lieferung und die Abstellung soll den Zustand der Tiere unter allen Umständen schonen.
- Die Tiere dürfen nicht zu einer ihre Leistungsfähigkeit überschreitenden Arbeit (z.B. Bravourstück, Wettbewerbsgewinn, anstrengende wirtschaftliche Arbeit) gezwungen werden.
- Die Tiere dürfen nicht an naturwidrigen Tätigkeiten gewöhnt werden.
- Mit dem Eigentumsrecht und der Haltung der normalen und gefährlichen Tiere darf nicht aufgehört werden. Es ist verboten, das Tier abzuschlagen oder loszulassen.

Das Gesetz über den Tierschutz verbietet, Tiere gegen andere Tiere oder Menschen anzuhetzen, kämpfen zu lassen, den physischen und psychischen Zustand zu belasten, um ein Tier oder einen Menschen zu töten (*Tierkampf*). Es ist verboten, Tierkampf zu halten und zu organisieren, zu diesen Anlässen zu wetten oder bei den Vorberei-

tungen mitzuwirken. Dies betrifft nicht die gesetzliche Übung mit Jagdhunden und ihre gestattete Verwendung für Jagd. Es ist auch verboten, Tiere für Tierkampf zu halten, zu züchten, zu üben, zu schulen, das Tier anderen Personen überzulassen oder zu verkaufen, sowie Aufbau, Grundstück und Materialien für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Mit der Verletzung des Tatbestandes des Tierkampfverbotes wird die Regierungsverordnung 218 vom Jahre 1999 überschritten. Seit 2004 ist der Tierkampf im ungarischen Strafrecht unter die Tatbeständen des Tierschutzes einzuordnen. Dementsprechend werden die Organisierung von Tierkampfwetten mit Wirbeltieren, die Haltung, die Züchtung, die Übung, die Abrichtung und der Verkauf von Wirbeltieren bestraft. Der Begriff der Tierquälerei wird im Gesetz über den Tierschutz definiert: unnötige schmerzauslösende Misshandlung von Tieren, Eingriff, Behandlung oder Beschränkung von Bedürfnissen, die dauerhafte Angst oder Gesundheitsschädigung verursachen kann. Darunter wird auch die Züchtung von Tieren mit erblichen Krankheiten – ausgenommen die Tierzucht für Tierversuche – verstanden. Nach dem Gesetzentwurf – findet man aber im verabschiedeten Gesetz nicht –, wenn es zu entscheiden ist, ob das Tier leidet oder nicht, ist es immer für das Tier zu entscheiden, wenn die Tatsache des Schmerzgefühles eindeutig nicht festgestellt werden konnte. Es ist aber schwer zu entscheiden, was unter notwendigen und unnötigen Schmerzen zu verstehen ist. Die gesetzgeberischen Organen wissen nicht einmal genug zur eindeutigen Stellungnahme. Die Gerichtshöfe sind dementsprechend bei der Beurteilung unsicher. Neben der Definition beinhaltet das Gesetz eine Aufzählung der häufigsten Fälle der Tierquälerei. Der Gesetzgeber bietet aber mehrere Ausnahmen aus wirtschaftlichen Gründen, z.B. das Stopfen der Gänse und Enten, das Reissen der Entefeder. Diese Ausnahmen erregen jedoch Angst in den Tieren.

Nach der 218/1999 Ordnung der Regierung war die Tierquälerei ein Regelverstoß in Ungarn bis 2004. Der rechtliche Gegenstand des Tatbestandes war nicht das Tier, sondern das Gemeininteresse der Gesellschaft. Die Misshandlung von Tieren war nur dann zu bestrafen, wenn es andere Menschen entrüsten konnte. Dies stand aber im Widerspruch mit der modernen Gedankenweise des Tierschutzes. Deshalb wurde das Strafrecht 2004 so geändert, dass die Tierquälerei zu den Straftaten gegen die öffentliche Ordnung eingestuft wurde. Mehr als 350.000 Unterschriften wurden in kurzer Zeit für die Veränderung des Gesetzes gesammelt. Dies zeigt die Änderung und die Kraft der Gedankenweise der Gesellschaft.

Obwohl die Straftaten besonders zur Störung der Gesellschaftsruhe geeignet sind, ist der Tatbestand der Schädigung und Vertilgung von lebendigen Organen auch gegen die körperliche und geistliche Gesundheit der Tiere. Nach der Begründung des Gesetzes X vom Jahre 2004 ist der rechtliche Tatbestand des Tiergesundheitsschutzes mit den Rechtsgegenständen des Kriminalrechts gegen die öffentliche Ordnung gleich. Der Grund liegt in den Eigenheiten der Straftaten gegen die öffentliche Ordnung, weil sie auf die ganze Gesellschaft eine Auswirkung haben.

Die Tierquälerei ist im Strafrecht folgenderweise definiert worden:

§ 266/B

(1) Wer

- a) Wirbeltiere unbegründet so misshandelt oder Wirbeltieren gegenüber eine Behandlungsweise an den Tag legt, dass ihnen bleibende Gesundheitsschäden zugefügt werden oder ihr Tod verursacht wird,
- b) als Tierhalter ein domestiziertes Säugetier oder ein in der Umgebung des Menschen gehaltenes gefährliches Tier weggagt, verlässt oder aussetzt, begeht ein Vergehen und ist mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren, gemeinnütziger Arbeit oder Geldstrafe zu bestrafen.

(2) Nach Absatz 1 ist zu bestrafen, wer mit Jagdmitteln, die durch das Gesetz über die Jagd verboten wurden, oder auf dort verbotene Weise jagt bzw. mit Mitteln zum Fischfang, die durch das Gesetz über die Fischerei verboten wurden, oder auf dort verbotene Weise fischt oder angelt.

Das Tatobjekt des Tatbestandes der Tierquälerei ist alle Wirbeltiere unabhängig davon, ob sie in der menschlichen Umgebung oder in der Wildnis leben, ob sie gefährdet, verstärkt gefährdet sind; oder unter internationalem Schutz stehen (Abs (1) Punkt a), ob sie domestizierte Säugetiere oder gefährliche Tiere (Reisstiere, exotische Tiere nach Abs. (1) Punkt b) sind. Die Tatobjekte in Betracht genommen gibt es gewisse Überdeckungen zwischen den Straftaten der Tierquälerei und der Beeinträchtigung der Umwelt. Es gibt aber wesentliche Unterschiede zwischen den Tatverhalten. Tierquälerei beinhaltet zwei Tatverhalten. Das erste ist, Wirbeltieren unnötige Gesundheitsschäden oder Tod zu verursachen. Nicht alle körperliche oder geistliche Misshandlungen können als Tierquälerei betrachtet werden. Die Erziehung, die Abrichtung, die physische Einwirkung können notwendig sein. Man begeht die Straftat nicht nur wenn dem Tier dauerhafte Gesundheitsschäden oder Tod verursacht wird, sondern auch wenn die Tätigkeit dafür geeignet ist. Die wirkliche Schädigung ist aber bei der Beurteilung der Strafe ein erschwerender Umstand.

Das zweite Tatverhalten ist, domestizierte Säugetiere oder gefährdete Tiere zu vertreiben, zu verlassen, oder mit nichterlaubten Mitteln zu jagen oder zu angeln. In diesem Tatbestand ist der zu schützende Rechtsgegenstand nicht nur das Tier, sondern auch der Mensch, dessen frei verlassenes Tier gefährliche Situationen auslösen kann. Das ist die Begründung, warum der Kreis der gefährlichen Tiere nicht für Wirbeltiere geschränkt werden soll. Diesen Teil des Tatbestandes kann nur der Tierhalter begehen.

Bei der Beurteilung der Straftat ist das Tod des Tieres wegen Misshandlung als erschwerender Umstand, bei der Beeinträchtigung der Umwelt ist aber das Tod als selbständiges Delikt. Der Punkt 1. des § 3. des Gesetzes des Tierschutzes definiert den Tierhalter, der Abs. (1) des § 6. definiert die unnötige Misshandlung (z.B. Quälerei, Hetzung



gegen Menschen oder andere Tiere, Abrichtung für Tierkampf, schonungslose Lieferung und Niederlage, u.s.w.).

Die Tierquälerei erscheint in den folgenden Gesetzen:

- das Gesetz LV vom Jahre 1996 über den Schutz von wildlebenden Tieren, Wildwirtschaft und Jagd,
- das Gesetz XLI vom Jahre 1997 über die Fischerei und das Angeln,
- das Gesetz XXVIII vom Jahre 1998 über den Tierschutz.

Nach der Präambel des Gesetzes über den Schutz von wildlebenden Tieren, Wildwirtschaft und Jagd ist das höchste Ziel, den Lebensraum und den biologischen Reichtum der Tiere zu bewahren, weil sie unersetzliche Werte unserer Heimat und der ganzen Welt sind. Der Geltungsbereich des Gesetzes umfasst alle Arten, die in der Wildnis leben und gejagt werden können. Die grosse Bedeutung des Tierschutzes ist daran zu ermessen, dass der Schutz der wildlebenden Tiere und ihres Lebensraumes unter den wichtigsten Rechten und Verpflichtungen des Jagdrechtes zu befinden ist. Hierzu gehören auch die Wildwirtschaft, das Recht des Erlegens wildlebender Tiere, die Sammlung von Gehörnen und Eiern und die Nutzung des Kadavers. Das Gesetz widmet ein ganzes Kapitel dem Schutz des Lebensraumes der Wildtiere. Allgemeine Pflichten werden hier vorgeschrieben, die man befolgen soll. Man soll dementsprechend die Ruhe der Tiere schützen und die Ungestörtheit ihres Lebensraumes sichern. Es ist verboten, die Vögelneuste und das Horsten der Vögel zu stören, zu schädigen oder zu zerstören. Tiere dürfen nicht gequält werden. Für Jäger gibt es weitere Sonderpflichten. Das Erlegen oder die Gefangennahme des Tieres darf nicht mit Quälerei vorgehen. Das Tier soll kurz hin und mit tödlichem Schuss erlegt werden. Es ist verboten, während der verbotenen Monate oder auf untersagten Gebieten mit nicht zugelassenen Mitteln zu jagen (die Behörden dürfen Teile, oder das ganze Jagdgebiet als Verbotenes erklären, wenn der Schutz der Wildtiere und der Ernte, oder die Ruhe und die Sicherheit der Menschen es verlangen). Das Gesetz über die Fischerei und das Angeln ist dem Gesetz über den Schutz von Wildtieren, Wildwirtschaft und Jagd ähnlich. Es gibt Tierschutzbestimmungen sofort bei den allgemeinen Regeln. Der Befugte soll dem Schutz von Fischen, Fischbeständen, Fischlebensgemeinschaften und Lebensräumen, sowie dem Nahrungssuche und dem Anwuchs von Fischen helfen. Die Pflichten, die im Gesetz über den Schutz von Wildtieren, Wildwirtschaft und Jagd zu befinden sind (z.B. das Verbot der Quälerei) und dem Artenschutz dienen, fehlen aber aus diesem Gesetz.

Die Rechtsfrage des Eingriffes mit Schmerzen oder Schädigungen ist unter den allgemeinen Regeln des Tierschutzes zu befinden. Die wichtigste Garantie der Schonung ist die Tatsache, dass man über bestimmte berufliche Ausbildung und Erfahrungen verfügen soll. Die einzige Ausnahme sind die prompt Eingriffe, die dem Interesse der Tiere dienen. Die Anästhesierung ist auch verlangt, ausgenommen, wenn der Eingriff mit den selben Schmerzen vorbeigehen würde. Chirurgische Eingriffe, die nicht der Gesundheit der Tiere dienen, sind verboten, dies betrifft aber nicht das Kastrieren und die gesetzlich

als pflichtig erklärten Operationen. Auch das Erlegen der Tiere wird in dem allgemeinen Teil des Gesetzes geregelt. Die wichtigste Regel ist, dass das Erlegen der Tiere ohne einen annehmbaren Grund oder Umstand verboten ist. Das Gesetz beinhaltet mehrere annehmbare Gründe. Der meist bestrittene Grund ist das Erlegen für Fellproduktion, was in dem originalen Gesetzentwurf nicht erwähnt wurde. Heutzutage ist es einer der wichtigsten Zwecke der Tierschutzvereine und wird in den meisten Ländern gesetzlich verboten. Als einzige Art des Erlegens ist fast allein das durch Betäubung zugelassen. Wirbellosen, häuslich erlegte Kaninchen, Händchen und Notfälle sind ausgenommen. In diesen Fällen soll man aber auch mit Schonung vorgehen. Die Behörden sollen für das schmerzlose Erlegen sorgen, wenn das Tier unheilbare Krankheit, unstillbare Schmerzen hat, der Halter unbekannt ist oder das Wildtier für das wilde Leben ungeeignet ist.

Die Richtlinie der Europäischen Union hat 1974 die Betäubung von Schlachttieren geregelt. Der Zweck der Regelung war, die grausame Handlung zu beheben. Die Richtlinie wurde durch die 119/1993/EG Richtlinie geändert, die die Behebung der vermeidbaren Schmerzen und der Angst im allgemeinen vorgeschrieben hat. Die Richtlinie regelt die Methode und Mitteln des Erlegens ausführlich. Ungarn hat diese Richtlinie bei der Gestaltung der Regelung auch in Betracht gezogen. Nach den ungarischen Gesetzen sind die folgenden Tiere als Schlachttiere zu betrachten: Einhufer, Wiederkäuer-, Schweine, Kaninchen, Pelztier, Geflügel. Vor dem Schlachten in den Schlachthöfen soll die Betäubung die Tiere in eine bis zum Eintritt des Todes anhaltende Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit versetzen Privatschlachten, Pflichtschlachten und Seuchenschlachten geschehen ausser der Schlachthöfe. Die allgemeine Regel über die vermeidbaren Schmerzen gelten hier auch.

Die die Zucht betreffende Tierschutzregelung hat beim Artenschutz eine große Bedeutung. Das 1976 durch die Mitwirkung des Europäischen Rates verabschiedete Abkommen über den Schutz von Nutztieren ist im Tierschutz von grosser Bedeutung. Die Richtlinie 58/1998/EK über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere wurde durch die Mitwirkung der Europäischen Kommission verabschiedet. Der Geltungsbereich umfasst aber nicht nur die Nutz-, sondern alle gehaltene Tiere. Für den wirksamen Tierschutz ist neben der Regelung auch die richtige Durchführung notwendig, deren wichtigstes Mittel die Finanzierung ist. Ohne finanzielle Quellen ist nicht einmal die modernste Regelung zu verwirklichen. Neben nationalen Quellen stehen die Gelder der Europäischen Union und der Weltbank zur Verfügung.

Neben Sanktionen und Kontrollorganen kann das Gesetz über den Tierschutz die Situation in Ungarn verbessern. In diesem Gesetz wird vorgeschrieben, dass die Erziehung für die entsprechende Behandlung von Tieren in den Grundschulen, Fachschulen gelehrt werden soll. Ausserdem soll das Kennenlernen der Tiere in den Lehrstoff eingebaut werden. Staats-, Verwaltungsorganen und Schulinstitute sollen die Erfüllung dieser Pflicht unterstützen.

ANIKÓ BEZDÁN

DAS VERHÄLTNIS DER JAGD UND DER FISCHEREI ZUM NATUR-, UND UMWELTSCHUTZ

Die Sicherung der Sozial-, und Wirtschaftsordnung des Staates bzw. die Realisierung der Zielsetzungen erfordern Regelungen. Die Rechtsnorm beeinflusst die Beziehung des Menschen mit seiner Umwelt, so wird auch mit der Regelung der Jagd und der Fischerei die Bewahrung der Naturerbe und der Naturwerte möglich. Der Schutz der Wildnis und der Feuchtgebiete ist eine ständige Angelegenheit vom öffentlichen Interesse, und zugleich die Aufgabe aller Bürger. Auch die weise Ausnutzung der natürlichen Ressourcen ist eine öffentliche Angelegenheit. Es ist wichtig, das Prinzip der biologischen Vielfalt zu betonen – so können die der Natur nahe stehenden Jäger, Fischer, Bogenschützen, Falkner, Vogler etc.- alle Naturschützenden mobilisiert werden, um die unersetzbaren Naturwerte zu bewahren.

Die Umwelt und das Lebensniveau stehen im engen Zusammenhang miteinander, so muss das Recht im Rahmen des Umwelt-, und Naturschutzes viele Aufgaben lösen. Die Regelung kann in der Mehrheit der Fälle durch freiwillige Befolgung des Rechtes, Vorbeugung, eventuelle Kontrollen der Behörden oder Sanktionierung zur Geltung gebracht werden.

Sowohl die Wildtiere, als auch die Fische leben in unserer Umwelt, deshalb kann der Themenkreis des Jagd-, und Fischereirechtes nicht von den Regeln des Umwelt-, und Naturschutzes getrennt werden, bzw. die sich auf den Schutz der einzelnen Tiere beziehenden Regeln müssen auf jeden Fall miteinander abgestimmt werden. Der Tierschutz muss auf alle Tiere, sowohl auf die Haus-, als auch auf die Wildtiere ausgedehnt werden.

Das Verhältnis zwischen der Jagd und den abgestimmten Regelungsgebieten

Das Verhältnis zwischen dem Jagdrecht und dem Umweltschutz

Die Präambel des Gesetzes LIII vom Jahre 1995 über den Schutz der Umwelt bestimmt, dass das Parlament die Regelung mit Rücksicht auf die oben Angeführten geschaffen hat, von deren Zielen es die folgenden für wichtig hält:

- die Gestaltung einer harmonischen Beziehung zwischen dem Menschen und seiner Umwelt
- Schutz der Umweltelemente und -prozesse
- die Gewährleistung der Umweltbedingungen einer nachhaltigen Entwicklung

Das Gesetz hat bei der Bestimmung der Umweltelemente, und auch bei der Regelung der Umweltnutzung einen allgemeinen Rahmen für die speziellen Regelungen des Jagdrechtes geschaffen. Bei der Ausübung des verantwortlichen Verhaltens und den Aufsichtsfragen, und bei der Verhandlung der Rolle des Staatsanwaltes kann eine abgestimmte Regelung zwischen den Bestimmungen des Gesetzes LV vom Jahre 1996 über die Jagd und dem Gesetzes LIII vom Jahre 1995 über die allgemeinen Regeln des Umweltschutzes festgestellt werden. Diese Aussage wird schon durch den Zeitpunkt der Verabschiedung der beiden Gesetze bewiesen.

Das Verhältnis zwischen dem Jagdrecht und dem Naturschutz

Bei den gegenseitigen Einwirkungen der zwei Rechtsgebiete möchte ich die Hervorhebung der die Jagd beeinflussenden Naturschutzgrundsätze betonen:

- der Naturschutzverwaltung entsprechender extensiver Wildstand und die den Naturschutz dienende Population müssen geregelt werden,
- Auf den Jagdgebieten dürfen nur die der natürlichen Wildernährungskapazität entsprechende Menge vom Wildstand sein,
- Die Behandlung des Wildstandes gehört zum Naturschutz, und jeder Eingriff soll den Zielsetzungen und Werten des Naturschutzes untergeordnet werden.

Auf dem Jagdgebiet ist die Jagd kein Ziel, sondern Teil der Erhaltungsbehandlung. Die Wildtiere – mit Ausnahme der nichtheimischen, faunafremden Rassen – dürfen nur wegen der Verbeugung bzw. Minderung ihrer Schädigung, oder im Interesse der Standregulierung, weiterhin aus veterinärmedizinischen Gründen gefangen oder eingespannt werden. Die Jagd, als eine Nutzform der biologischen Ressourcen spielt in der Konvention über die biologische Vielfalt eine bedeutende Rolle, und sie kann auch bei der Behandlung und der Regulierung der einzelnen Rassen wichtig sein. Die Strategie bestimmende Elemente:

Ziele der Intervention:

- Schutz der kleineren und / oder sich verkleinernden Populationen
- Ausnutzung der für stabiles und regelmäßiges Wachstum fähigen Populationen
- Regelung der schnell wachsenden oder der großen Populationen

Im Rahmen des Internationalen Strategieprogramms über die biologische Vielfalt, ist die Erarbeitung der folgenden Punkte wichtig:

- Die Erarbeitung der Behandlungskonzeptionen, die die Dynamik der Lebensräume und Populationen in Acht nimmt.
- Die einheitliche Bearbeitung, der in den internationalen, und nationalen Wildwirtschaftsforschungen und der sich in der Praxis angesammelte Untersuchungs-, Lebensraum-, und Standbehandlungsmethoden, mit besonderer Hinsicht auf deren Naturschutzbeziehungspunkte.
- Die Veränderungen der allgemeinen Besichtigung der sich mit den Fragen der Wildwirtschaft und der Jagd beschäftigenden Fachleute, bzw. die harmonisierte Verwirklichung der formulierten Prinzipien mit dem Naturschutz.

Die Strategie:

- Die Lage des Wildstandes
- Die wichtigsten Punkte der Bewahrung sind die Verbotszeiten, die Einhaltung der strengen Beschränkungen, die Schonung der Schutztiere, und die Minimalisierung der schädlichen Wirkungen des menschlichen Daseins,
- Eine wichtige Aufgabe ist, den Mufflon auf den natürlich empfindlichen Gebieten, (die Vereinigung extremer Fundorte im Mittelgebirge) zu verhindern oder zurückzudrängen.
- Untersuchung und Regulierung der in den natürlichen Populationen vorkommenden ungünstigen Fremdassen

Das Jagdgesetz und seine Durchführungsverordnung entsprechen den Verpflichtungen der internationalen Naturschutzkonventionen, denen sich Ungarn beigetreten ist. Eben deshalb hat Ungarn als neulich beigetretener EU-Mitgliedstaat keine Rechts-harmonisationsverpflichtungen auf dem Gebiet der Wildwirtschaft und der Jagd. Im Interesse des Wildschutzes gibt es Rechtsnormen über die Mittel und Weise der Jagd, die Verbotszeit, die Schonungsgebiete, und nicht zuletzt die zu dieser Tätigkeit nötigen Zulassungen. Es kann vorteilhaft sein, dass sich die EU nicht nach der einheitlichen und uniformierten Regelung der Wildwirtschaft strebt, so kann in diesem Gebiet das Prinzip der Subsidiarität zur Geltung kommen. In der ungarischen Wildwirtschaft bedeutet in erster Linie nicht die Anpassung an die EU-Normen das Problem, sondern die den materiellen und menschlichen Naturressourcen entsprechende Ausnutzung, bzw. die Einführung der Marketingtätigkeit auf einem höheren Niveau. Ein Ziel der ungarischen Wildwirtschaft ist, im ökologisch-ökonomischen System des Landes die günstigen Naturgegebenheiten auszunutzen, und die wirtschaftliche Anziehungskraft des Landes zu verstärken. Unter den Gemeinschaftszielen sind die Steigerung der Unterstützung der extensiven Produktionsvorgänge, die weitere Verminderung der Umweltbelastung, und die Erhaltung oder Steigerung der biologischen Vielfalt und die Ziele, mit deren Realisierung auch für die Wildwirtschaft günstigere Bedingungen ermöglicht werden könnten. Den Erfolg der Wild-, und Jagdwirtschaft können auch die die Produktion stabilisierenden Wirkungen unterstützen. Gegenüber den anderen Ländern müssen wir die aus unseren Naturgegebenheiten stammenden komparativen Vorteile bewahren.

In der Einführung des Beschlusses (882/1997) der Generalversammlung des Europäischen Rates über die Bedeutung der Jagd in der europäischen Landregionen geht es um die gesellschaftliche Beurteilung der Jagd, wobei behauptet wird, dass sich die allgemeine Beurteilung bedeutend verschlechterte. Diese Behauptung wird einerseits mit Emotionen begründet, andererseits verfügt ein Teil der Jäger über keine entsprechende Qualifikation. Der Beschluss stellt fest, dass die Veränderungen der Umwelt auf die jagdbaren und nicht jagdbaren Tiere, und auf ihren Lebensraum eine schädliche Wirkung üben, und außerdem wird es ausgesagt, dass die Jagd auch wirtschaftliche Bedeutung und Konservationsrolle haben kann. Es wird richtig behauptet, dass die Jagd mit dem entsprechenden Gleichgewicht unter den Rassen, und mit der Verhinderung der Übervölkerung einiger Rassen bedeutend zum Umweltschutz beitragen kann, und damit die Krankheiten vorgebeugt, und die Schäden an der Flora verhindert werden können. Im Interesse all dieser werden den Mitgliedstaaten die folgenden vorgeschlagen:

- Rechtsnormen in Beziehung mit der Qualifikation und der Informierung der Jäger verabschieden,
- Die Agrarpolitik soll für die Wild-, Pflanzen-, und Tierwelt bessere Lebensbedingungen sichern, und dadurch können von der Jagd und dem Tourismus auch die Bauer profitieren.
- Die Kooperation unter den Jägern, Bauern, Förstern, Touristen und Umweltschützern, und die daraus stammenden Vorteile unterstützen,
- dem Verstehen der grundsätzlichen Rolle der Jagd in der öffentlichen Meinung beitragen.

Die EU verfügt über keine gemeinsame jagd-, und wildgesellschaftliche Politik, aber mehrere Richtlinien oder Bestimmungen und einige Teile der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) wirken auf die Regelungen der Jagd und der Umwelt. Das Ziel des Rechtes ist, die einzelnen Rassen und Lebensräume zu schützen, und die Qual der Tiere zu verhindern. Deshalb sind die die Jagd unbedingt betreffenden EU-Richtlinien aus dem Gesichtspunkt der Wildwirtschaft stark beschränkend. Sie knüpfen sich an den internationalen Konventionen, die auch von Ungarn unterzeichnet und in die die Jagd regelnden Gesetze eingebaut wurden.

Das, die Jagd regelndes Gesetz LV vom Jahre 1996 und das Gesetz LIII vom Jahre 1996 können schwer vom Gesetz LIV 1996 abgegrenzt werden, das den Wald und den Schutz des Waldes behandelt.

Das Ziel des Gesetzes ist, den Wald, als einen der Naturfaktoren und den vom menschlichen Eingriff abhängenden Lebensraum, als unentbehrlichen Teil der Natur, als erneuernde Naturressource ständig zu bewahren. Der Wald ist ein unentbehrlicher Teil der Biosphäre und der Umwelt, der nur unter Berücksichtigung der ökologischen Rationalität in die marktwirtschaftlichen Vorgänge eingezogen werden darf, denn die genetische Vielfalt des Waldes soll geschützt werden.

Die Jahresleistung der Waldwirtschaft vertritt im Ganzen der Nationalwirtschaft nur 0,3%. Die materielle Leistung der Wildwirtschaft und der materielle Wert des Waldes bzw. dessen materieller Ertrag wird aber durch die immateriellen Werte vielmal übertroffen, der durch den Wald im Dienst der Gesellschaft wegen seiner vielfältigen und gesundheitlichen Funktionen erfüllt wird. Es muss hervorgehoben werden, dass der Wald als eine erneuernde Rohstoffressource dient. Die Bioenergie ist unter denen die aus der Wasserwirtschaft stammende Energie die zweitgrößte Energiequelle. Das Ziel der EU ist, den Anteil der erneuernden Energieträger bis 2010 zu verdoppeln, so wird sich der Anteil der Energieproduktion aus Holz verdreifachen.

In den letzten Jahrzehnten geriet das Forstwesen auf jedem Kontinent in den Mittelpunkt der Interessen. Auch in Rio wurden mehrere Vereinbarungen unterzeichnet, unter denen die meisten, sich auf die Wälder beziehende Elemente enthalten. Dort wurde aber keine internationale Rahmenkonvention mit internationaler Auswirkung angenommen. Eine Empfehlung wurde aber angenommen, in deren 11. Kapitel unter dem Titel Agenda 21 um die Verhinderung der Waldabnahme geht. Sämtliche bedeutende internationale Organisationen beschäftigen sich mit dem Forstwesen.

Innerhalb der UNO vertritt die CSD die ökologische- und Umweltschutzannäherung des Waldschutzes, aber die COFO der FAO vertritt im traditionellen Sinne die Annäherung der Prüfung der Zuständigkeit. Den Wald und dessen Schutz betreffendes Gesetz LIV vom Jahre 1996 enthält schon sämtliche Elemente der paneuropäischen Anregungen, und damit werden die Rechtsharmonisierungsverpflichtungen gesichert. Aus der Regelung der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik wurden die Bestimmungen der Entwicklung des ländlichen Raumes während der Reform wichtiger, so wird auch die Beschäftigung der Bevölkerung gedient. Auch in Ungarn wurde die internationale Waldstrategie ausgebaut. Es muss in Acht genommen werden, dass auch neben den unterschiedlichen ökologischen Bedingungen wettbewerbsfähige Wirtschaften entstehen sollen, und so kann die Lissaboner Erklärung zur Geltung gebracht werden.

Das Verhältnis der Fischerei zu den harmonisierten Regelungsgebieten

Das Verhältnis des Fischereirechtes zu den Umweltschutzregeln

Die Fischerei und der Umweltschutz stehen in enger Beziehung zueinander. Das war nicht immer so, aber die Betrachtung der Fischer veränderte sich bedeutend. Heutzutage wird die Fischerei auch in den kleineren Seen mit umweltfreundlicher Technologie durchgeführt, und seit dem EU-Beitritt Ungarns hat der Umweltschutz eine bedeutende Rolle gewonnen. Dies alles kostete natürlich viel Geld, denn auch die Kosten der von den Schutztieren gerichteten Schaden waren hoch. Trotz der Entwicklung haben wir Rückstand unter den EU-Mitgliedstaaten, aber in der Wirtschaft wurde eine andere Betrachtung akzeptiert. Dabei spielen auch die Zivilorganisation eine bedeutende Rolle. Auch die Fischer Ungarns müssen mit denselben Schwierigkeiten kämpfen, wie die Fischer der EU-Mitgliedstaaten. Wir müssen wirtschaften ohne die Umwelt zu zerstören,

und wir müssen mit den Naturressourcen richtig umgehen, um diese nicht endgültig ausnutzen.

Die Umwelt Nachhaltigkeit und das Umdenken der Verteilung der Unterstützungen erscheinen in den die Fischerei direkt bestimmenden Politiken. Die gegenwärtige – seit 2007 – die FIAF (Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei) ablösende BEF (Band für die Europäische Fischerei) formulierte auch auf dem Gebiet der Fischverarbeitungs- und Fischzuchtunterstützung neue Prioritäten. Eine der größten Veränderungen war, dass der Entwurf, dem Agrar-Umweltschutz ähnlich, den Begriff des Wassermweltschutzes eingeführt hatte.

Das Ziel der Anordnung ist,

- für die Umwelt günstige Fischproduktion zu erreichen
- gesellschaftlich ökologische Managementsysteme zu verwenden
- die mit biologischen Methoden funktionierende Produktion zu steigern.

Es kann also vorgestellt werden, dass die nationalen Fischer nicht aus der Basis der gegenwärtigen EAGFL (Europäischer Ausrichtungs-, und Garantiefonds für die Landwirtschaft), sondern aus der Europäischen Fischerbasis unterstützt werden. Mit einem gut vorbereiteten Wassernaturschutzprogramm müsste man sich auf die möglichen Veränderungen vorbereiten, um die Ergebnisse des Agrar-Umweltschutzes weiterbringen zu können.

Das Verhältnis des Fischereirechtes zu den Umweltschutzregeln

Im Fall der Feuchtgebiete, bzw. beim Funktionieren der Fischerteiche soll nicht der Schutz der einzelnen Rassen betont werden, sondern eine den Schutz des Lebensraumes umfassende Betrachtung soll zur Geltung gebracht werden. Die Wasserversorgung der Fischerteiche, außer der Bewirtschaftung sollte so funktionieren, dass der ökologische Zustand des Wasserlebensraumes nicht verletzt werden darf. Die Sicherung des Wasserbedarfes soll eine öffentliche Zwecke dienende Aufgabe sein.

Neben der Sicherung des Tierschutzes muss auch die Rehabilitation der Rassen in Acht genommen werden. In Ungarn bilden die künstlichen Teichwirtschaften den wichtigsten Produktionsgrund der Fischerei, die eine besondere Rolle bei der Ausnutzung für andere Wirtschaftskulturen, bei der Ausnutzung der ungünstigen Flächen haben, daneben sind sie aber Teile der Kulturlandschaft und haben auch naturwissenschaftliche und Feuchtgebietsfunktionen. Im Fall der Teichwirtschaften können die Fischerei-, und die Landwirtschaftspolitik schwer voneinander getrennt werden. Den Schutz des Fisches dienen die Regelung der genehmigungspflichtigen Tätigkeit, bzw. die Straftaten durch den Fang und Sammlung der Fische, die Staatssanktionen und die anwendbare Fischschutzstrafe.

Mittelfristige Ziele des Umwelt-, und Naturschutzes sind:

- Der Zweig der Fischerei soll die Behörden anerkennen lassen, dass die einzelnen Teichwirtschaften auch Naturschutzfunktionen versorgen, und zu diesen Aufgaben soll das Ministerium die Quellen sichern,
- Die gerechte Kompensation in Beziehung auf die Vogelschäden müsste erreicht werden,
- Unterstützungen für die biologische Wasserreinigung,
- Eine größere Rolle des Zielpogramms der Feuchtgebiete im Agrar-Umweltschutzprogramm.

Aus dem Gesichtspunkt der ungarischen Fischerei hat die EU-Mitgliedschaft sehr viele Vorteile: nicht nur eine dynamische Entwicklung wird ermöglicht, sondern unser Land wird ein Teil des größten Fischmarktes der Welt. Die EU verfügt über eine riesengroße Fischerei und mit der Erweiterung verstärkt sich die Lage des Kontinenten noch weiter. Nach China und Peru ist die EU die drittgrößte Großmacht der Fischerei der Welt. Wir können über die Fischerei der EU sprechen, denn die Fischerei der EU steht unter strengeren Regelungen als die Landwirtschaft. In erster Reihe ist es wegen der Seefischerei, denn der Seefischbestand ist eine erneuernde Naturressource, damit hat man aber in den letzten Zeiten viele Probleme. Für die Seefischerei gibt es in den Mitgliedsstaaten EU-Regelungen, innerhalb der Formulierung der Gemeinsamen Fischereipolitik. In den 70er Jahren wurde die Fischereiregelung von der gemeinsamen Agrarpolitik getrennt. Deren Mittelsystem beruht sich auf Verordnungen, und etwa 300 Verordnungen gelten in der EU auf die Regelung der Fischerei. Diese müssen seit unserer Mitgliedschaft auch in Ungarn verwendet werden, aber Ungarn verfügt über kein Meer, deshalb sind wir nur in den aquakulturellen Teilen betroffen. Die Regelung bezieht sich auf drei Sphären: auf den Schutz der Naturressourcen und Lebensräume, auf die Tätigkeit der Fischerei und auf den Handel.

Der Umweltschutz gehört nicht zu der Fischereipolitik, aber die sich darauf beziehenden allgemeinen Regeln müssen auch die Fischer in Acht nehmen. Die aquakulturelle Regelung gehört zum nationalen Rechtskreis, und einige subventionspolitische Regeln beziehen sich auf die Fischproduktion des Süßwassers. Im Interesse der Naturressourcen-, und Lebensraumschutzes wurden Schonungsgebiete, Verbotszeit, Mengenbeschränkungen eingeführt, und nach einer bestimmten Quote wird die Menge der fangbaren Beute auf Länder und Rassen festgestellt.

Zusammenfassung

Die globalen, regionalen und lokalen, wirtschaftlichen Ziele und die Untersuchung deren Wechselwirkungen und deren Harmonisierung sind immer dringender. Seit dem 19. Jahrhundert wurden die die Umwelt und das Lebensniveau des Menschen bzw. die Lebensbedingungen der Natur gefährdeten Faktoren noch stärker. Die Regelung und

der Mensch spielen bei der Erhaltung und Wiederherstellung der Umwelt und des ökologischen Systems eine bedeutende Rolle.

Die oben vorgestellten Regeln, Prinzipien, und Zielsetzungen machen die den Umwelt-, und Naturschutz, den Schutz des Wildes und Waldes betreffenden Regelungen bekannt. Der Schutz der Fische wird durch die die Fischerei betreffende Regelung, durch das vom Gesetz CXIX vom Jahre 1999 modifizierte Gesetz XLI vom Jahre 1997 betroffen, ohne dass es im Namen dieser Rechtsnormen ausdrücklich erscheinen würde. Im Allgemeinen soll der Fischschutz zum Bereich des Tierschutzes gehören. Der die Schutztätigkeit regelnde Themenkreis der Rechtsregelung hat auch eine bedeutende Rolle. Die Sicherung der modernen Bedingungen ist wichtig, aber das Ergebnis hängt vom Verhalten der Praktizierenden und ihrer Rechtsfolge ab.

Nach meinem Standpunkt harmonisieren die geltenden nationalen Regelungen mit den modernen und sich entwickelnden gesellschaftlich-wirtschaftlichen Umständen. Ich wollte darauf hinweisen, dass sowohl die Jagd-, als auch die Fischereitätigkeit Interessengruppen zustandebringen, und die Mitglieder dem Natur- und Umweltschutz dienen, da es ohne die Bewahrung des Tierstandes über solche Tätigkeiten nicht gesprochen werden könnte.

GYÖRGY MIHÁLKA

ÜBER DEN TIERSCHUTZ FÜR DIE JUGEND

Überblickt man die Laufbahn der Publikationen von Professor Klaus Sojka, sieht man, dass er herausragende Bücher über Natur-, Tier- und Artenschutz herausgegeben hat, wie z. B. „Auch Tiere haben Rechte“¹, „Tierschutz, Tierschutz“², „Öko-Ethik“³ oder „Das neue Tierschutz-Buch“⁴.

Von all diesen Werken ist das letztere von besonderer Bedeutung. Es spricht nicht nur die Behörden und Zivilinteressenvertretungsorgane an, sondern vor allem die Jugend. Der Aufbau des Buches ist ausgezeichnet, es lässt sich im Unterricht sehr gut einsetzen, um Kenntnisse zu erweitern und das Pflichtlehrmaterial über Natur- und Tierschutz zu vertiefen, zu ergänzen. Zahlreiche Illustrationen und Abbildungen machen den Inhalt leicht verständlich. Die Auszüge aus dem Bundesnaturschutz- und Tierschutzgesetz zeugen von der Teilnahme des Staates. Nach jedem Thema wird das Wesentliche wieder kurz zusammengefasst, damit der Inhalt besser erhalten bleibt. Während die Artikel zu den einzelnen Kapiteln die Kenntnisse erweitern, das Lesen interessanter machen, helfen die erschütternden Bilder und kurzen Kommentare, den Inhalt des Buches zu verinnerlichen.

Das Werk stellt die Entwicklung der Evolution von der Entstehung des Lebens ausgegangen – und dadurch die Vielfältigkeit der Natur sowie die Beziehungen durch die Nahrungskette vor. Obwohl der Mensch sich als Teil der Tierwelt entwickelt hat, wird im Laufe der Analysen hervorgehoben, welche seiner Eigenschaften, Fähigkeiten ihn zur „Krone der Schöpfung“ machten.

Das Buch wirft auch philosophische Gedanken auf: Wozu ist der Mensch berechtigt? Für sein Leben in der Gesellschaft opfert er sein Individuum. Er nimmt Regeln an, für die er handeln muss. Er schafft Begriffe, wie Verantwortung oder moralische Pflicht. So ist die Ethik entstanden, die bezweckt, das Leben zu „humanisieren.“⁵

¹ Klaus Sojka: Auch Tiere haben Rechte; ECON Taschenbuch Verlag, 1987

² Klaus Sojka: Tierschutz, Tierschutz; Weltschutzbund e. V. 1985

³ Klaus Sojka: Öko-Ethik, Naturschutz-Tierschutz-Lebensschutz Widersinn als Aufgabe Anspruch und Realität; ECHO Verlag 1987

⁴ Klaus Sojka. Ute Schulz-Kühnel: Das neue Tierschutz-Buch; Bund gegen den Missbrauch der Tiere e. V. München 1991

⁵ Klaus Sojka. Ute Schulz-Kühnel: i. m. 20. p.

Jedes Lebewesen hat nur ein Leben auf Erden und einen Wunsch, dass ihm all dies ungeschmälert gewährt wird. So müssen Wildtiere in Ruhe gelassen werden und dürfen nicht gestört werden; die durch Naturbeschädigung zerstörten Lebensumstände müssen wiederhergestellt werden, die gefangen gehaltenen Tiere sind so zu halten, wie es ihrer Art entspricht!⁶

Tierschutz umfasst alle Tiere von den Einzellern bis zu den Wildtieren gleichermaßen. Der Naturschutz umfasst sowohl die Wildtiere als auch die Pflanzen. Teil des allgemeinen Naturschutzes ist der Artenschutz. Artenschutz dient der Erhaltung aller Pflanzen- und Tierarten und schützt sie vor dem vollen Aussterben.⁷

Innerhalb des Themenkreises des Tierschutzes werden die typischsten Fälle hervorgehoben: Tierversuche, Massentierhaltung, Tierquälerei, Schlachthöfe, Tiersport, rausgeschmissene Tiere, Tierhandel, Vegetarismus.

Allein in Westdeutschland werden im Laufe der verschiedenen psychologischen, ärztlichen, pharmazeutischen, militärischen und anderer Grundforschungen, sowie bei Strahlungsversuchen jährlich 14 Millionen Tiere gequält und getötet. Der Drazie-Test ist einer der schmerzhaftesten Versuche zur Toleranz der Schleimhaut, im Laufe dessen der Versuchsstoff ins weit geöffnete Auge des Kaninchens getropft wird und die Folgen 72 Stunden lang beobachtet werden. Kaninchen sind für diesen Versuch besonders geeignet, weil sie keine Tränensäcke unter den Augen haben und der Versuchsstoff sich nicht verdünnt.⁸

Tierschützer vertreten die Auffassung, dass aufgrund des heutigen Wissens – besonders bei den vorliegenden technischen Möglichkeiten – die weitere Tierquälerei völlig überflüssig ist. Es ist davon auszugehen, dass alle Lebewesen leiden können und schmerzempfindlich sind. Bei Wirbeltieren – besonders bei den Warmblütern lässt sich dies messen und auch beweisen.⁹

Um die Kosten der Tierhaltung zu senken, führen Raumsparen und einfache Bauausführung zur Massentierhaltung und Tierquälerei. Bei Kälbern kommt oft vor, dass ihre Boxen weder lang noch breit genug sind. Sie können sich nicht einmal hinlegen, so werden ihre Wirbelsäule, Gelenke und Knochen durch das ständige Stehen auf dem rutschigen Boden deformiert, was zu starken Schmerzen führt. In der „modernen“ Schweinezucht werden die Ställe aus Beton und Eisen gebaut. Die zusammengedrängten Tiere stoßen sich ständig auf dem von Mist rutschig gewordenen Boden gegeneinander, dadurch werden sie aggressiv und verursachen einander Verletzungen, sie beißen sich. Die „gebundene Haltung“ ist noch schrecklicher. In diesem Falle sind die Körper einzeln

⁶ Klaus Sojka. Ute Schulz-Kühnel: i. m. 22. p.

⁷ Klaus Sojka. Ute Schulz-Kühnel: i. m. 26–27. p.

⁸ Klaus Sojka. Ute Schulz-Kühnel: i. m. 29. p.

⁹ Klaus Sojka. Ute Schulz-Kühnel: i. m. 33. p.

so gebunden, dass die Tiere nur ab und auf, etwas rückwärts treten können, während das Futter auf Fließband zu ihnen kommt.¹⁰

Der Mensch ist oft gezwungen im Alltag sowohl beim Essen als auch bei der Kleidung Erzeugnisse tierischer Herkunft zu gebrauchen. Dieser unvermeidliche Tod für die Tiere sollte schnell und schmerzlos sein. Psychische und physische Schmerzen sind zu vermeiden. Bei größeren Tieren wird Stromschlag angewendet. Bei Aalen und ähnlichen Fischen wird dies mit einem schnellen Schnitt erledigt. Die kleineren Fische werden nicht betäubt, man lässt sie an der Luft ersticken oder sie erdrücken einander.¹¹

Als Vorteil des Vegetarismus wird oft erwähnt, dass durch Mäßigung oder Einstellung des Fleischkonsums die grausame Tierhaltung, die grausamen Schlachthofszenen vermieden werden könnten. Außerdem sprechen auch Wirtschaftlichkeitsberechnungen für Vegetarismus. Der tägliche Kalorienbedarf des Menschen beträgt 2000 kcal, dazu wird für einen Vegetarier eine Bodenfläche von 333 m², für einen Fleischverzehr aber eine Fläche von 833 m² gebraucht. Mit Pflanzenernährung können von einer gegebenen Bodenfläche mehr Menschen ernährt werden als mit Nahrungsmitteln tierischer Herkunft. Mit Pflanzenernährung könnte man gegen die weltweite Hungersnot effektiver kämpfen. Mit der Ernährung von optimaler Zusammensetzung kann der Körper alle lebenswichtigen Eiweiße erwerben, die er braucht.¹²

Tiere können gute Freunde des Menschen sein, ihm viel Freude und Glück bereiten. Nutztiere werden aber oft zu einfachen Maschinen, Arbeitswerkzeugen degradiert und erleiden dabei Schmerzen, Leiden und körperliche Verletzungen. Der Anspruch ist groß, verschiedene Meisterschaften, Sportveranstaltungen, Rodeos, Stierkämpfe, Hunde- und Schweinerennen zu veranstalten. Diese profitorientierten Veranstaltungen dienen nur Wirtschaftszwecken. Die Bekämpfung der Hindernisse auf langen Strecken mit angespanntem Tempo führt bei den Derbys oft zum Tode des Rennreiters und des Pferdes. Tiere dürfen nicht zu Ausstellungsgegenständen werden, so wie die Affen in Matrosenuniform, die tanzenden Pferde und Elefanten im Zirkus. Tiere gehören zur für sie zustande gekommene, vielleicht sogar grenzenlosen Meeres- und Landesumwelt!¹³

Die Haltung von Haustieren kann das Engagement für Naturschutz – besonders bei Kindern – fördern. Die Verantwortung müssen aber die Erwachsenen tragen, da Kinder oft die Lust verlieren können. Erlauben die Eltern, dass Tiere als lebendige Spielzeuge behandelt werden, kann dies zu einer andauernden negativen Einstellung führen. Vögel, Vierbeiner, Tiere im Aquarium und im Terrarium können dem zum Opfer fallen! Die Pflege, Sauberhaltung, das Füttern, die Versorgung der Tiere kosten Geld und Zeit.

¹⁰ Klaus Sojka. Ute Schulz-Kühnel: i. m. 45. p.

¹¹ Klaus Sojka. Ute Schulz-Kühnel: i. m. 51. p.

¹² Klaus Sojka. Ute Schulz-Kühnel: i. m. 54. p.

¹³ Klaus Sojka. Ute Schulz-Kühnel: i. m. 58. p.

Haustiere werden oft verlassen, rausgeschmissen, dem Schicksal überlassen. Auch Tierheime können nicht alle Tiere aufnehmen. Die freigelassenen Haustiere können im Freien allein nicht überleben. Die Erschöpfung, der Durst, eventuell der Biss von Wildtieren oder die Fallen, die Begegnung mit Jägern können ihnen zum Verhängnis werden.¹⁴

Tiere sind keine Handelserzeugnisse! Der Handel mit Wildtieren und ihren Körperteilen kann zum Aussterben bzw. zur Gefährdung des Lebens einzelner Tierarten führen. Der Erwerb, die Entfernung einzelner Körperteile – wie z. B. des Elefantenbeins, Nashornhörner, usw. – können ebenfalls zur Folge haben, dass Tiere umkommen. Die meisten Staaten haben den Handel mit gefährdeten Tierarten, Tierkörperteilen, tierischen Produkten und Wildpflanzenarten miteinander, in internationalen Abkommen geregelt und verboten. Zu erwähnen sind das Washingtoner Abkommen (CITES), die Berner Konvention, die Bonner Konvention, die Ramsarer Konvention, die einschlägigen EU-Richtlinien und die nationalen Natur- und Tierschutzgesetze.¹⁵

Im letzten Teil des Buches werden die Herausforderungen des Natur- und Artenschutzes ausführlich analysiert. Klaus Sojka hält die unsachgemäße Jagd für ein besonders wichtiges Problem. Die bisherige Praxis hat für die erlegten Tiere Schmerz und Leiden bedeutet, da nicht alle erlegten Tiere das Glück haben, vom Schuss das Bewusstsein sofort zu verlieren und umzukommen. Vögel werden meistens im Flug, mit der Schrotflinte erschossen. Als Folge wird der Schuss nicht konzentriert abgegeben und nicht nur die gewählte Beute sondern auch die um sie fliegenden Vögel werden schwer verletzt und – obwohl sie nicht umkommen – ihr Schicksal wird besiegelt. Ähnliches gilt für Fäله, wenn auf Füchse oder Hasen mit der Schrotflinte geschossen wird. Vögel und kleinere Säugetiere werden auch mit Jagdvögeln gejagt. Meistens werden Falken eingesetzt, die vor der Jagd ausgehungert, im Dunkeln gehalten werden, damit sie von ihrem Herrn abhängig werden. Außer Jagd gilt auch die Brieftaubenzucht als beliebtes Hobby und oft werden auch Geschwindigkeitsflüge veranstaltet. Die Vögel werden mehrere hundert Kilometer von zu Hause weggefahren, freigelassen und – ihre Orientierungsfähigkeit ausgenutzt – nach Hause erwartet. Diese langen, großen Wettkämpfe verlangen oft sehr viele Opfer.¹⁶

Heute gibt es keinerlei vernünftige Gründe dafür, Wildtiere zu erlegen – außer, dass man ihr Fell und ihre Trophäen erwirbt. Man hat nicht mehr gegen die Kälte zu kämpfen, man braucht die Körperteile von Tieren nicht mehr, um Werkzeuge herzustellen; Tiere werden nicht mehr gejagt, damit Menschen überleben können, sondern nur zum Zweck des Luxus und der Repräsentation.¹⁷

¹⁴ Klaus Sojka. Ute Schulz-Kühnel: i. m. 67. p.

¹⁵ Klaus Sojka. Ute Schulz-Kühnel: i. m. 70. p.

¹⁶ Klaus Sojka. Ute Schulz-Kühnel: i. m. 74. p.

¹⁷ Klaus Sojka. Ute Schulz-Kühnel: i. m. 78. p.

Es gibt kaum mehr unberührte Gebiete, deren Naturelemente – Luft, Wasser, Licht und Boden – der Mensch nicht geändert hätte. Die intensive Boden-, Wald- und Wasserwirtschaft trägt dazu bei, dass unsere Naturumgebung zerstört wird, dass saure Regen immer häufiger vorkommen.¹⁸

Professor Klaus Sojka hat der Entwicklung der Natur- und Tierschutzbewusstheit der Jugend immer besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Sein besonderer Verdienst ist, dass er diese Mission nicht nur in seiner Heimat sondern auch bei uns, in Ungarn – an der Fakultät für Rechts- und Staatswissenschaften der Universität Szeged, im Rahmen seiner Vorlesungen über internationales Umweltrecht fortgesetzt hat. Die Analysen, Darstellungen vor zahlreichen Studenten, die Antworten auf zahlreiche Fragen spielten eine ebenso wichtige Rolle, wie das Lesen des vorstehend präsentierten Buches in Deutschland. Es wäre empfehlenswert, die erwähnten Bücher auch in ungarischer Übersetzung herauszugeben. So könnten nicht nur die Fachleute, die sich mit Naturschutz beschäftigen, die Studentenschaft, sondern auch das interessierte Publikum könnte die Ratschläge von Professor Klaus Sojka lesen und ihnen folgen.

¹⁸ Klaus Sojka. Ute Schulz-Kühnel: i. m. 78. p.



Klaus Sojka



1. Deine Freunde



2. Das Gebäude der Juristischen Fakultät in Szeged



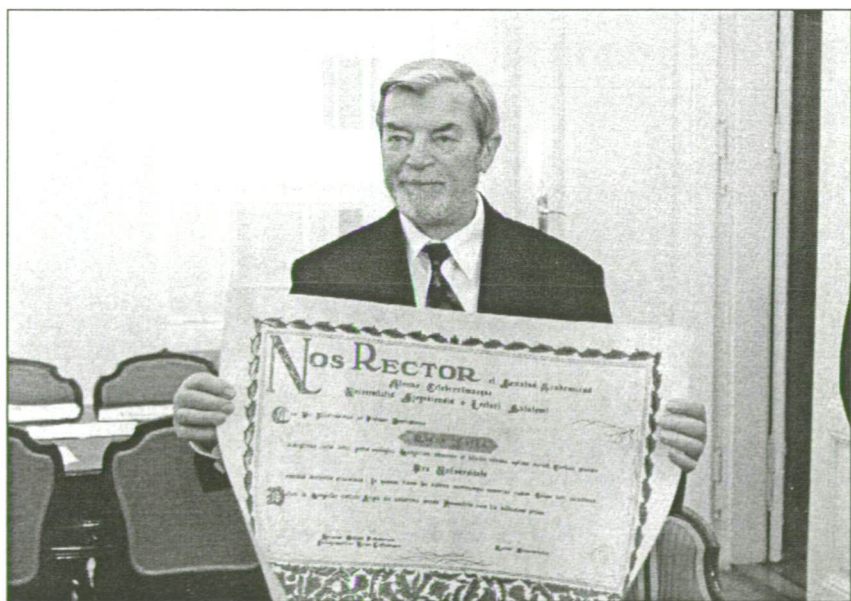
3. Das Hotel Royal – „Wohnort“ des Professors Sojka in Szeged



4. Sojka, Veres und Újvári vor dem Hotel
2001



5. Professor Sojka übernimmt die „Honoris Causa Doktor“ Urkunde
1995



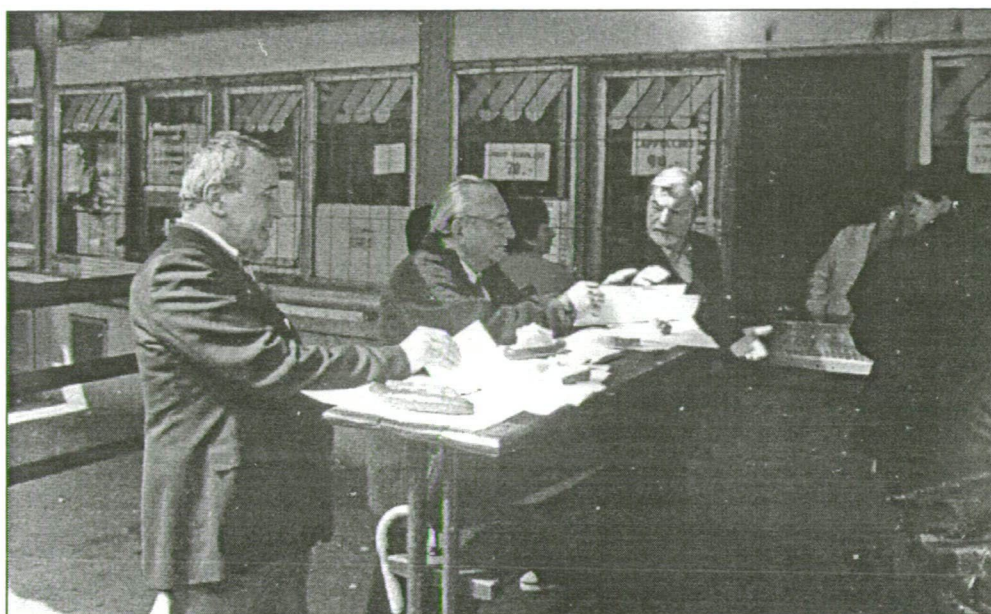
6. Professor Sojka und die Urkunde 1995



7. Sojka, Mészáros, Besenyei und Tóth mit der Auszeichnung



8. Sojka und Újvári mit der Auszeichnung



9. Frühstück auf dem Szegediner Markt 2001



10. Einkaufen auf dem Szegediner Markt 2001



11. Das Bierhaus in Bugac 2001



12. Universität Temeswar 2002



13. Besuch in Temeswar 2002



14. An der Universität in Temeswar 2002



15. In Visegrád 2004



16. In Lilafüred 2004



17. Am Stausee in Lázbérc 2004



18. Speckbraten in Jávorkút 2004



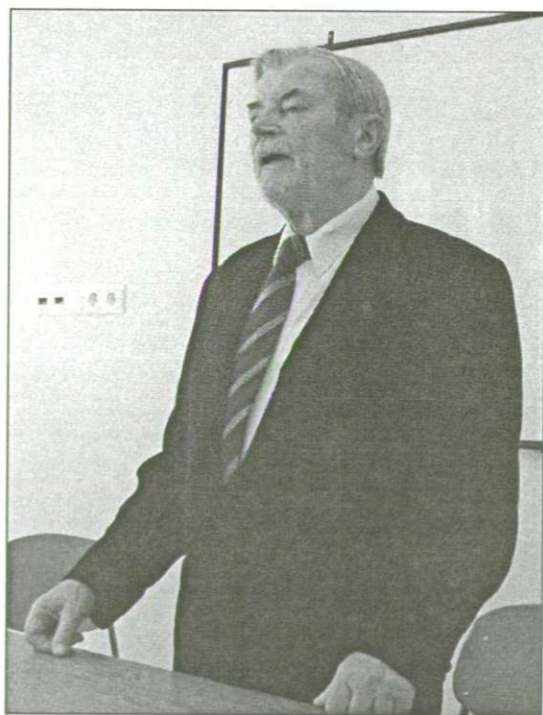
19. Besuch in Nyíregyháza 2005



20. Vorlesung an der Szegediner Universität 2006



21. Die Studenten 2006



22. Sojka am Szegediner Katheder 2006



23. Sylvia Horvath und Sojka



24. Konsultation im Rathaus Szabadka (Subotica) 2006



25. Sojka und der „Häher“ 2006



26. Im Festsaal des Rathauses Szabadka
(Subotica) 2006



27. Abendessen im Szegediner Pick Klub 2006



28. Erholung im Szegediner Botanischen Garten

Dieser Band ist als nächste Folge der 1976 gestarteten Schriftenreihe
des Lehrstuhles für Landwirtschafts- und Arbeitsrecht
der Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaften
der Universität Attila József erschienen.



Herausgegeben vom Lehrstuhlleiter Univ. Doz. Pál Bobvos
Fertiggestellt durch JATE Press Kiadó és Nyomda (Szeged)
Szeged, 2006.

ISSN: 1788–3059
ISBN: 963 482 789 6

X 23552

Ez a kötet a Szegedi József Attila Tudományegyetem Állam- és Jogtudományi Kara
Mezőgazdasági és Munkajogi Tanszéke Kiadványai című, 1976-ban megindított
sorozat folytatásaként jelent meg.

A tördelést a JATEPRINT,
a Bölcsészettudományi Kar Kiadványszerkesztősége végezte
WordPerfect 8 kiadványszerkesztő programmal.



Kiadja a JATEPress
6722 Szeged, Petőfi Sándor sugárút 30–34.
<http://www.jate.u-szeged.hu/jatepress/>

Felelős kiadó: Bobvos Pál tanszékvezető egyetemi docens
Felelős vezető: Szőnyi Etelka kiadói főszerkesztő
Méret: B/5, példányszám: 500, munkaszám: 64/2006.

ISSN: 1788–3059
ISBN: 963 482 789 6

Walt., 70

XB 21819

